

# der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 6/2014



**Die neue Mütterrente**

**Interview mit der Deutschen Bahn AG**

**Zwangsarbeit**

**Aktuell**

- 3 Virtuelle Rekonstruktion in Gefahr  
„Perm 36“ akut bedroht  
Kommentar

**Recht**

- 4 Späte Anerkennung  
Bürgerberatung in Potsdam

**International**

- 5 600 000 Flugblätter über Nord-Korea  
Vietnam: Gewerkschaftsaktivistin frei

**Thema**

- 6 Interview mit der Deutschen Bahn AG
- 7 Forderungen der UOKG
- 8 Zwangsarbeit: Bilanzierte Arbeitskräfte

**Berichte**

- 10 Kanons statt Kantaten  
Fidelio in Cottbus
- 12 Lenin lebt in Schwerin  
„Manche Mutter starb aus Schmerz um ihre Kinder“
- 14 Das Ende des Schweigens
- 15 Geschichte wird lebendig

**Verbände**

- 16 Sachsenhausen  
Mühlberg  
Mauerweg-Lauf
- 17 Suchanzeigen  
Herzlichen Glückwunsch!

**Service/Bücher**

- 18 Wir wollten nur anders leben
- 19 Auslöschung

**Service/Veranstaltungen**

17–19

**Umschlagbild**

Schülerinnen des Grundkurses Physik, 2. Semester des Friedrich-Ebert-Gymnasiums Berlin, im Haus 1 des Stasi-Museums zu Gast. Der Grundkurs (dem auch hier nicht abgebildete junge Männer angehören) experimentierte mit Lasertechnik, die vom MfS für Agenten entwickelt wurde. Kommunikation über das sogenannte Licht-sprechgerät ist abhör- und peilsicher.

Foto: Bernd Lippmann

# Ami go home?

Von Horst Schüler


Ein Freund ist so kostbar wie ein Edelstein. Habe ich in meiner Kindheit gelernt und auch, daß man Freunde, die diesen Namen verdienen, an den Fingern einer Hand zählen kann. Doch was für viele Wertevorstellungen der Altvorderen gilt, gilt natürlich auch für den Begriff „Freund“. Heute ist das eine Allerweltsvorstellung. Die Millionen Facebook-Nutzer zum Beispiel nennen sich „Freund“, obgleich sich viele dieser Freunde noch nie gesehen haben. Und ähnliche Verschwendungssucht finden wir selbstverständlich auch bei Politikern und Staatenlenkern. Da werden ganze Völker zu Freunden erhoben, was sie keineswegs daran hindert, sich morgen die Köpfe einzuschlagen. Merke also bitte: Echte Freundschaft gibt es in der Politik nicht und zwischen Staaten schon gar nicht. Vielleicht verfolgt man gleiche Interessen, hat ähnliche Vorstellungen vom Leben in Freiheit und Menschenwürde. Vielleicht weiß man, daß für eine demokratische Gesellschaft schonungslose Selbstkritik sowie Einsicht in eigene Schuld nötig sind. Doch da das längst nicht überall so ist in der Welt, verbündet man sich und versucht, gut miteinander auszukommen. Mit Freundschaft, in der einer für den anderen alles gibt, vielleicht sogar das Leben, hat das allerdings absolut nichts gemein.

Kommen wir also zum Verhältnis Deutschlands zu den Vereinigten Staaten. Als die apokalyptischen Reiter 1945 des millionenfachen Tötens müde waren, da halfen vor allem die Amerikaner Deutschland wieder auf die Beine. Sie beschützten uns vor der totalen Sowjetisierung, sie lehrten uns Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, sie gliederten uns in die westliche Wertegemeinschaft ein, und als die DDR zusammenbrach, waren sie es vor allem, die dafür sorgten, daß aus zwei Deutschlands wieder eins wurde. Sie taten das nicht unserer blauen Augen wegen, nicht aus Freundschaft also, sondern aus Vernunft. So wurden wir Verbündete, Gott sei es gedankt.

Und plötzlich soll das alles in Gefahr sein, plötzlich singen die Medien das Lied der Entfremdung, plötzlich sollen 69 Prozent

der Deutschen für stärkere Unabhängigkeit von den USA sein? Weil die doch bei uns herumspionierten! Ja, hat denn wirklich einer ernstlich geglaubt, unter Verbündeten bändigten Geheimdienste ihre Neugier? Zumal ja bei uns Leute lebten, die mit dafür sorgten, daß sich am 11. September 2001 gekaperte Flugzeuge in die Türme des World Trade Centers in New York stürzten. Zumal es bei uns nur so wimmelt von Menschen, die aus ihrer antiamerikanischen Haltung kaum ein Hehl machen. Zumal viele hier dem in den USA als Landesverräter gesuchten Edward Snowden liebend gern Asyl geben würden – die Ehrenmitgliedschaft in der Freien Universität Berlin hat er ja bereits. Und zumal doch eigentlich Politiker wissen sollten, daß über die Tätigkeit von Geheimdiensten selbst die eigene Regierung längst nicht alles weiß.

Ach, es geschehen schon wunderliche Dinge hierzulande. Obgleich in der Ukraine ein gefährlicher Brandherd in Europa züngelt, meinen wir, uns von der westlichen Schutzmacht Nr. 1 entfernen zu dürfen. Ja, wenn es nur das wäre! Da werden Demonstrationen gegen Israel umgewandelt in antisemitische Schmähungen, in Gewaltaktionen gegen jüdische Bürger. Und niemand von denen, die sonst so schnell Menschenketten bilden, wenn ein paar rechtsradikale Narren demonstrieren, steht dagegen auf. Da kann uns der Salafistenprediger Vogel bei einer öffentlichen Kundgebung in Hamburg schmähen, indem er den Fußballsong „So geh'n die Gauchos“ in eine Verhöhnung der Christen umwandelt. Da werden junge Deutsche zu Kriegsdiensten im Nahen Osten geworben. Da nehmen wir Flüchtlinge aus vielen Ländern gern bei uns auf, geben ihnen Wohnung, zahlen Unterstützung und Krankenversorgung, führen Familien zusammen – alles selbstverständlich, und die meisten respektieren das auch. Nur einige stellen mit Hausbesetzungen und Hilfe deutscher Allesbesserwisser weitergehende Forderungen.

Doch selbst das tolerieren wir. Nur die Amis, die verweisen wir gleich des Landes. 

**Heimkinder:** Noch bis zum 30. September 2014 können betroffene ehemalige Heimkinder der DDR ihre Ansprüche bei ihrer zuständigen Anlauf- und Beratungsstelle ([www.fonds-heimerziehung.de](http://www.fonds-heimerziehung.de)) anmelden.


## Virtuelle Rekonstruktion in Gefahr

(uokg) Die virtuelle Rekonstruktion zerrissener und geschredderter Stasi-Akten steht einem Zeitungsbericht zufolge vor dem Aus. Im Herbst 1989 hatten Mitarbeiter des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit in großer Eile versucht, so viele Akten wie möglich zu vernichten, um die Spuren ihrer Spitzeltätigkeit und die Namen ihrer Mitarbeiter unkenntlich zu machen. Fast 16 000 Säcke mit zerrissenen Akten waren die Folge.

Dem Fraunhofer-Institut war es später mit der Entwicklung einer neuen Software gelungen, Millionen von Papierschnitzeln elektronisch wieder zusammenzusetzen. Für diese außergewöhnliche Erfindung

erhielt es 2013 sogar einen Preis. Papierschnitzel aus zwölf Säcken wurden mit dieser neuen Software bereits rekonstruiert. Nun droht die weitere Rekonstruktion an finanziellen Bedenken zu scheitern.

Der Vorsitzende der UOKG, Rainer Wagner, erklärte dazu: „Die Berichte über ein Aus für die weitere Rekonstruktion der Stasi-Akten haben mich fassungslos gemacht. Die Stasi-Akten sind außer den Zeitzeugen, die immer weniger werden und auch nicht alle über ihre Vergangenheit sprechen wollen, das wichtigste Mittel für die Aufarbeitung des Unrechts des DDR-Regimes. Mit den Akten kann nicht nur festgestellt werden, wer von wem bespitzelt worden

ist. Sie sind auch ein ganz wichtiges Mittel für die Rehabilitation von Menschen aus der ehemaligen DDR, nur mit ihnen können diese häufig berechnete Ansprüche geltend machen. Neue Erkenntnisse aus virtuell zusammengesetzten Akten können bei Wiederholungsanträgen von Betroffenen, die alle zwei Jahre möglich sind, zu neuen und richtigen Einschätzungen führen. Ich appelliere deshalb an die Mitglieder der zuständigen Expertenkommission, den einmal begonnenen richtigen Weg weiterzugehen. Vorhandene Informationen über das DDR-Unrecht nicht zur Kenntnis nehmen zu wollen, würde in Deutschland kaum einer verstehen, schon gar nicht in dem Jahr, in dem wir uns zum 25. Mal darüber freuen, daß am 9. November 1989 die Mauer gefallen ist.“ 

## Existenz von „Perm 36“ akut bedroht

(mem) Mit einem Brief an den Präsidenten der Russischen Föderation sowie an den Gouverneur der Region Perm hat die Bundesstiftung Aufarbeitung sich gegen die drohende Zerstörung der Gedenkstätte „Perm 36“ gewandt. Sie unterstützt ausdrücklich die Petition von MEMORIAL Perm zugunsten der Gedenkstätte, die bereits über 62 000 Personen unterschrieben haben.

„Mit Sorge und Empörung verfolgen wir die Nachrichten zum Umgang mit der einzigen Gulag-Gedenkstätte in der Russischen Föderation, dem Museum zur Geschichte der politischen Repression in Perm 36, und deren Leitung und Mitarbeitern. Perm 36 ist in den vergangenen Jahren nicht nur für jene, die während

der stalinistischen Repressionen verfolgt wurden und zu Tode kamen, sondern auch für deren Familien und Freunde zu einem Gedenkort geworden, an dem an die Millionen unschuldiger Opfer erinnert wurde.

Dieser Gedenkort und das Museum waren in Rußland, aber auch weltweit ein Symbol dafür, daß in Rußland ein differenziertes Gedenken an die dunkelste Zeit der sowjetischen Geschichte möglich ist. Daß dieser einzigartige Ort bestanden hat, war Tausenden von Aktivisten und Freiwilligen zu verdanken. Die Existenz dieses Ortes war international ein Symbol dafür, daß die Russische Föderation eine zivilgesellschaftlich getragene Erinnerung ohne staatliche

Repression ermöglicht und die russische Führung die Aufarbeitung der totalitären Vergangenheit unterstützt und nicht behindert...

Wir schließen uns den Forderungen der Petition nachdrücklich an und fordern Sie auf, die Maßnahmen gegen die Gedenkstätte zur Geschichte politischer Repressionen ‚Perm 36‘ rückgängig zu machen und die unabhängige und kritische Auseinandersetzung mit der totalitären Vergangenheit wieder zu ermöglichen und die verdiente Direktorin des Museums, Tatjana Kursina, wieder als Direktorin des Museums einzusetzen.“

(Die Petition kann unterschrieben werden auf der Seite [www.memorial.de](http://www.memorial.de).)

### Kommentar

#### Blühende Cannabis-Landschaften?

Auf den ersten Blick macht die Regierung in Erfurt den Eindruck von Zerstrittenheit und Uneinigkeit. Das liegt zum Teil an der Rangfolge der Parteien: CDU als stärkste Kraft (ca. 36%) vor der Linkspartei (ca. 27%) und der SPD (ca. 19%), mit einer Koalition aus CDU und SPD, die Die Linke aus guten Gründen ausläßt. Jeder der Parteivorsitzenden strebt die Führung einer neuen Regierung an. Ramelow als Vorsitzender der Linkspartei sowieso, aber auch Heike Taubert (SPD), die der Ansicht ist, nur sie wäre für das Amt des Ministerpräsidenten geeignet, und ein Zusammengehen mit Der Linken nicht ausschließt – und das bei 19 Prozent!

So streitet man sich über Gemeinschaftsschule (SPD), ausgeglichenen Haushalt (CDU), Freigabe von Cannabis und Mindestlohn von 10 Euro (Die Linke). Auf die Frage, woher das Geld denn kommen solle, meint Ramelow: „Hier müssen wir den Bund in die Pflicht nehmen.“ So simpel ist das also. Wie immer hat die Linkspartei auf alles einfache Antworten, nur funktionieren diese nicht. Und sie versucht den Eindruck zu entkräf-

ten, es handle sich bei ihr um eine radikale und rückwärts gewandte Partei, trotz zweier Stasi-Leute, eines Grenztruppen-Offiziers und Linksautonomer in der Fraktion.

Die Thüringer nehmen es gelassen, teils amüsiert, teils angewidert, etwa 50 Prozent sind mit der Regierung zufrieden, wahrscheinlich vor allem mit der Gesamtsituation – leichtes Wirtschaftswachstum und sinkende Arbeitslosenzahlen.

Nun kommt es wirklich auf die SPD an, die in sich gespalten ist, wie schon oft in ihrer Geschichte. Mit dem Sturz der beiden Kanzler Willi Brandt und Helmut Schmidt hat sie sich einst selbst um die Regierungsfähigkeit gebracht. Das droht nun in Thüringen! Eine rot-rote Regierung würde das Land in eine Außenseiter-Rolle drängen, mit welchen wirtschaftlichen Folgen, sieht man in Brandenburg.

Wir wollen für das schöne Thüringen hoffen, daß so etwas diesmal nicht geschieht, das die SPD standhaft bleibt und sich nicht durch Schalmeienklänge aus der ganz linken Ecke verführen läßt.

Hans-Peter Schudt (ein Thüringer)

## Späte Anerkennung

### Leistungssteigerung durch Mütterrente

Mit der Einführung der Mütterrente ab 1. Juli 2014 werden Kindererziehungszeiten für Kinder, die vor 1992 geboren wurden, zukünftig mit zwei statt wie bisher mit einem Rentenpunkt bedacht. Sind die Kinder später geboren, profitieren Erziehende zwar nicht von der Mütterrente, werden aber bereits mit drei möglichen Entgeltpunkten bedacht. Durch die Anrechnung von Kindererziehungszeiten sollen Eltern keine finanziellen Nachteile bei der Rente haben, weil sie während der ersten Lebensjahre eines Kindes beruflich oder finanziell zurückstecken mußten.

Die Mütterrente ist keine eigenständige Rente, sondern eine Leistungssteigerung der bestehenden gesetzlichen Rentenversicherung. Deshalb haben auch nur gesetzlich Rentenversicherte Anspruch darauf. Beamte erfüllen diese Voraussetzung nicht.

Mütterrente erhalten auch diejenigen, die eine Berufsunfähigkeits- bzw. eine Erwerbsminderungsrente beziehen. Wer vor dem 1. Juli 2014 bereits eine Rente erhält, bei der Kindererziehungszeiten für ein vor 1992 geborenes Kind berücksichtigt wurden, hat automatisch Anspruch auf die Mütterrente. Sie wird als Zuschlag zur bisherigen Rente gezahlt. Eine Antragstellung ist nicht notwendig. Die Überweisung wird vermutlich erst im dritten oder vierten Quartal erfolgen, mit einer entsprechenden Nachzahlung für die vergangenen Monate. Eine rückwirkende Nachzahlung der Mütterrente ab eigenem Rentenbeginn ist nicht vorgesehen. Die Erhöhung gibt es nur für die Zeit ab 1. Juli 2014. Der pauschale Zuschlag zur Rente wird unabhängig davon gezahlt, wie lange das Kind zu Hause betreut wurde.

Sind bisher noch keine Kindererziehungszeiten für die vor 1992 geborenen Kinder angegeben worden, sollte unbedingt ein entsprechender Antrag bei der Rentenversicherung gestellt werden.

Auch für die Bezieher einer Witwerrente hat die neue Mütterrente Auswirkungen auf die Höhe der Witwerrente. Durch die Erziehung von Kindern erhöht sich das Versicherungskonto der verstorbenen Frau um einen bzw. mehrere Entgeltpunkte, je nach Anzahl der geborenen Kinder. Da sich die Witwerrente hieraus ableitet, kann mit einer Erhöhung der monatlichen Zahlung gerechnet werden.

Sollte ein Teil der Rentenanwartschaftszeiten, etwa bei einer Scheidung, an die Ehefrau abgetreten worden sein, und diese jetzt durch die Mütterrente eine höhere Rente erhalten, führt dies nicht zwingend zu einer Neuberechnung des Versorgungsausgleichs. Nicht jede „Veränderung in den Verhältnissen“ verändert den Versorgungsausgleich. Es ist eine „wesentliche Wertänderung“ nachzuweisen, die mindestens fünf Prozent des bisherigen Ausgleichswertes beträgt.

Auch diejenigen, die ausschließlich eine Witwenrente erhalten und Kinder erzo-gen haben, können unter Umständen auf die Mütterrente hoffen. Voraussetzung dafür ist, daß für die Zukunft fünf Jahre mit Beitragszeiten nachgewiesen werden können, zu denen auch Zeiten der Kindererziehung zählen. Durch die Mütterrente werden für jedes vor 1992 geborene Kind zwei Jahre Kindererziehung gutgeschrieben (pro Jahr ein Rentenpunkt), bei Mehrlingsgeburten verdoppelt bzw.

verdreifacht sich die Gutschrift. Bei drei Kindern käme man somit auf sechs Beitragsjahre und hätte ab 1. Juli 2014 erstmals einen Rentenanspruch. Bei weniger Kindern könnten die fehlenden Beitragszeiten nachgezahlt werden, um einen Rentenanspruch zu erwerben. In wieweit letzteres lohnenswert ist, sollte mit der Rentenversicherung geklärt werden.

Hat man längere Zeit im Ausland gelebt, seine Kinder dort geboren und lebt jetzt wieder in Deutschland, kommt die Mütterrente in der Regel nicht zum Tragen. Die Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten, wie auch die Mütterrente, setzen voraus, daß die Kinder in Deutschland erzogen wurden. Solche Zeiten können nur in Ausnahmefällen gleichgestellt werden.

Die Kindererziehungszeiten werden monatsgenau berechnet. Die Mütterrente von vor 1992 geborenen Kindern beträgt 0,08 Punkte über einen Zeitraum von 24 Monaten. Insgesamt ergibt dies einen Entgeltpunkt pro Jahr. Das entspricht genau dem Rentenanspruch, den ein durchschnittlich verdienender Arbeitnehmer pro Jahr aufbaut. Der Rentenwert wird einmal pro Jahr zum 1. Juli von der Bundesregierung und dem Bundesrat festgelegt. Seine Höhe orientiert sich am jeweils aktuellen Gehaltsniveau in Deutschland. Zwischen dem 1. Juli 2013 und dem 30. Juni 2014 betrug der Rentenwert monatlich brutto 28,14 Euro für die alten und 25,74 Euro für die neuen Bundesländer. Ab Juli 2014 liegt dieser Wert ca. 50 Cent höher.

Nähere Einzelheiten können in der Geschäftsstelle des BSV-Fördervereins erfragt werden unter Tel. (030) 55 49 63 34.

Elke Weise, Juristin  
BSV-Förderverein

## Gemeinsame Bürgerberatung in Potsdam

(bstu/lakd) Die Stasi-Unterlagenbehörde und die Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen kommunistischer Diktatur (LAKD) beraten seit Juli 2014 interessierte Bürgerinnen und Bürger gemeinsam in

der Gedenkstätte Lindenstraße Potsdam. Jeweils am letzten Dienstag des Monats ist ein Beratungsteam vor Ort.

Die Mitarbeiter der Landesbeauftragten Ulrike Poppe bieten jenen Beratungen an, die unter der SED-Diktatur gelitten haben und sowohl durch Maßnahmen des ehemaligen MfS als auch der SED-Parteiorgane in ihren Rechten verletzt worden sind.

In Einzelgesprächen können besonders Fragen zu Archiven, zur Rehabilitierung

und zur Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden gestellt werden. Die BStU-Mitarbeiter informieren über die Antragstellung auf Akteneinsicht und nehmen entsprechende Anträge entgegen (bitte Personalausweis mitbringen).

Beratungstermine 2014, jeweils von 10.00 bis 18.00 Uhr: 26. August, 30. September, 28. Oktober, 25. November, 16. Dezember

Ort: Gedenkstätte Lindenstraße 54/55, 14467 Potsdam

### Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

## 600 000 Flugblätter über Nord-Korea

Die Hauptwaffe der nordkoreanischen Flüchtlingsgruppen in Süd-Korea, welche die kommunistische Diktatur in ihrer bisherigen Heimat bekämpfen, sind neben illegalen Radiosendern vor allem Flugblätter. Sie werden mit großen Luftballons in jene „Demokratische Volksrepublik Korea“ verschickt, die über einem im voraus einigermaßen genau bestimmbar Gebiet zerplatzen und die Flugblätter buchstäblich aus dem Himmel fallen lassen. Manche dieser papiernen Botschaften sind knallig-bunt, um leichter gefunden zu werden, andere bestehen aus äußerst dünnem Papier, das sich bei drohender Verhaftung leicht verschlucken läßt.



Das Luxus-Leben der Kims: Oben der inzwischen verstorbene Kim Jong-il, rechts unten Kim Jong-un, links der älteste Sohn Kim Jong-nam, der eigentlich Nachfolger hätte werden müssen, jedoch „abtrünnig“ wurde. Das Flugblatt kritisiert, daß alle dick und wohlgenährt sind – im Gegensatz zur Bevölkerung.

Ihr Inhalt ergibt sich schon angesichts der tristen Realität im nordkoreanischen „Paradies“: Es ist der Widerspruch zwischen vollmundigen Versprechungen des Diktators Kim Jong-un und den immer noch bestehenden Ernährungsproblemen, es ist das Luxus-Leben der kommunistischen Führungsspitze, das im krassen Gegensatz zum Leben der Zwangs-Untertanen steht, und es sind die Vergleiche zwischen den beiden Landesteilen.

Belief sich die Auflage der Flugblätter bisher auf 200 000 monatlich, so ist sie seit Beginn dieses Jahres auf 600 000 angewachsen. Die Themen drängen sich angesichts der bedeutsamen Ereignisse in Pjöngjang geradezu auf: Nach der Hinrichtung des eigenen Onkels und Rivalen Jang Song-thaek durch Kim Jong-un zitierten die Flugblätter dessen einstige Lobeshymnen und verglichen sie mit den aktuellen Schmähungen. Ende April beinhalteten sie den Besuch des US-Präsidenten in Seoul mit seiner deutlichen Warnung an die Verantwortlichen im Norden, Süd-Korea mit allen Waffen zu verteidigen. Sehr nachdenklich dürfte die Finder das Flugblatt seit der zweiten Juli-Woche machen, das auf den soeben erfolgten Besuch des chinesischen Präsidenten Xi bei der südkoreanischen Präsidentin Park und deren gemeinsame Haltung gegen die Nuklear-Aufrüstung Nord-Koreas eingeht und darin völlig richtig einen Affront gegen Kim Jong-un sieht, der noch immer



27살의 어린 황태자 김정은  
결국 조선을 망칠 것!!!  
“세습으로 망한 나라...  
인민은 굶어 죽어도 3대세습은 한다”

Kim Jong-il mit Sohn Kim Jong-un. Im Text heißt es u.a.: Kim Jong-un versprach, „innerhalb von drei Jahren werde ich mein Volk Reis mit Fleischsuppe essen lassen“. In der Realität erhält das Volk nicht einmal Mais.

auf eine Einladung zu seinem Verbündeten in Peking warten muß.

Die Flugblätter durchbrechen die Isolation des völlig von der Außenwelt abgeschnittenen Landes und bringen Fakten anstelle der allgegenwärtigen kommunistischen Propaganda des Regimes. Flugblätter allein werden es niemals stürzen können, aber die Zahl der überzeugten Anhänger des Diktators Kim Jong-un wird immer geringer werden.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

## Gewerkschaftsaktivistin freigelassen

(veto) Nach einer weltweiten Kampagne gegen ihre Inhaftierung wurde am 28. Juni 2014 in Vietnam die Gewerkschaftsaktivistin Do Thi Minh-Hanh vorzeitig nach vierjähriger Haft aus dem Gefängnis entlassen.

Do Thi Minh-Hanh, geboren 1985, ist Buchhalterin in der vietnamesischen Provinz Lam Dong. Schon im Alter von 16 Jahren engagierte sie sich für die „Opfer der sozialen Ungerechtigkeit“, die sich gegen die unrechtmäßige Beschlagnahme ihrer Grundstücke und Häuser wehrten. Später trat sie dem Komitee zum Schutz der Arbeiter in Vietnam bei.

Nach einem Streik in einer Schuhfabrik in der südvietnamesischen Provinz Tra Vinh, den sie mit organisiert hatte, wurde sie 2010 verhaftet und später wegen „Störung der öffentlichen Ordnung“ unter Ausschluß der Öffentlichkeit und ohne Rechtsbeistand zu sieben Jahren Haft verurteilt.

Sie wurde im Gefängnis mehrmals gefoltert und brutal mißhandelt, nur, weil sie kein Geständnis ablegen wollte. Außerdem ist Minh-Hanh gesundheitlich angeschlagen. Sie befand sich zuletzt im Lager Thanh Xuan bei Hanoi, 1700 km von ihrem Zuhause entfernt. Damit

waren Besuche und die Versorgung mit notwendigen Lebensmitteln durch die Familie erschwert.

Die Dachgewerkschaft der Arbeiter in Vietnam (DGAV) ist die einzige zugelassene Gewerkschaft in dem kommunistischen Land. Die Ausbeutung der Arbeitskräfte im niedrigen Lohnsektor hat sich in den letzten Jahren verschärft und immer wieder zu „wildem“ Streiks geführt. Die Regierung betrachtet diese als illegal, weil sie die hohen gesetzlichen Standards nicht erfüllen und keine Zustimmung der DGAV erhalten haben. Unabhängige Gewerkschafter, die sich für den Schutz der Arbeiterrechte einsetzen, werden verhaftet und zu hohen Haftstrafen verurteilt. 

## „Wir sind immer gesprächsbereit“

Ein Gespräch mit Dr. Susanne Kill, Unternehmenshistorikerin und Leiterin der Historischen Sammlung der Deutschen Bahn AG in Berlin

**stacheldraht:** Die Deutsche Bahn äußerte sich zur Haftzwangsarbeit politischer Häftlinge in der DDR bei der Deutschen Reichsbahn erstmalig am 16. Juni 2014. Wir erinnern uns, das war der Tag, an dem der Forschungsbericht zur Zwangsarbeit in der DDR von Dr. Christian Sachse vorgestellt wurde. Was war der Anlaß, sich an diesem Tag zu äußern und warum so spät?

**Kill:** Wir sind durch eine Anfrage der Sendung Report Mainz auf das Thema aufmerksam gemacht worden. Die Studie war da noch nicht veröffentlicht, wie sollten wir also darauf antworten? So war das für uns der Anlaß zu fragen: Was wissen wir überhaupt darüber? Und wir mußten feststellen, außer der Tatsache, daß es in der DDR auch Häftlingsarbeit für die Deutsche Reichsbahn gab, verfügen wir über wenig Informationen. Die Deutsche Bahn AG hatte bereits 1996 einen Forschungsauftrag zur Geschichte der Eisenbahn an unabhängige Historiker vergeben, die 1999 in dem Band die „Eisenbahn in Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart“ veröffentlicht wurde. Dabei ging es auch um eine allgemein-historische Darstellung der Entwicklung der Deutschen Reichsbahn der DDR. In dieser Studie gab es aber noch keine Hinweise zum Thema „Zwangsarbeit“ in der DDR. Wenn ich Christian Sachse oder auch andere Historiker wie Tobias Wunschik und Leonore Ansoerg richtig verstehe, war die

Häftlingsarbeit ganz generell konstitutiv für die Volkswirtschaft der DDR. Inwiefern dies auch für die Deutsche Reichsbahn gilt, muß sicherlich noch genauer untersucht werden.

**stacheldraht:** Bahn-Chef Rüdiger Grube sagte am 16. Juni 2014: „Wenn es jetzt Hinweise gibt, daß die Reichsbahn der DDR Strafgefangene als Arbeitskräfte ausgebeutet hat, dann nehmen wir das sehr ernst.“ Bei allem Respekt, wie kann es sein, daß die Bahn bisher noch nie etwas über die Haftzwangsarbeit bei der Deutschen Reichsbahn gehört haben will? In den letzten Monaten hatten ja auch verschiedene Medien in Deutschland ausführlich darüber berichtet.

**Kill:** Wie gesagt, die Tatsache, daß es Häftlingsarbeit gegeben hat, war bekannt. Inwiefern vor allem politische Gefangene auch für die Reichsbahn arbeiten mußten und unter welchen Bedingungen, ist noch nicht erforscht und war bis jetzt auch kein Thema in den Medien. Den Hinweisen aus den Zeitzeugenberichten und der Forschungsliteratur über die Häftlingsarbeit für die Reichsbahn wollen wir jetzt genau nachgehen. Erst die Studien von Wunschik und Sachse unternahmen den Versuch, anhand der Quellen die Bedeutung der Haftarbeiten für die gesamte DDR zu qualifizieren und quantifizieren. Wie schwer dies möglich ist und daß die vorhandenen Quellen aus dem

Ministerium des Inneren und den Strafanstalten sehr kritisch hinterfragt werden müssen, wird in beiden Arbeiten sehr deutlich. Soweit ich die Quellen kenne – auch die Akten der Reichsbahn sind ja alle im Bundesarchiv bzw. den Landesarchiven – wird man auch auf die Berichte von Zeitzeugen angewiesen sein, um ein umfassendes Bild für die Reichsbahn zu bekommen.

**stacheldraht:** Sicherlich ist die heutige Bahn AG nicht Rechtsnachfolger der Deutschen Reichsbahn in der damaligen DDR. Wer ist es dann?

**Kill:** Mit der Wiedervereinigung stand die Politik damals vor der großen Herausforderung, das Eisenbahnwesen neu zu ordnen. Die Deutsche Bundesbahn war eine Behörde, deren Defizite schon in der alten Bundesrepublik erschreckend waren, bei der Deutschen Reichsbahn sah es nicht viel anders aus, eher noch schlimmer. Die Bahnreform von 1994, die eine Grundgesetzänderung beinhaltete, um die Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Bahn neu zu regeln, führte zur Gründung der Deutschen Bahn AG. Im Zuge der ersten Stufe der Bahnreform sind zum 1. Januar 1994 in einem ersten Schritt die Deutsche Bundesbahn und die Deutsche Reichsbahn zum Bundeseisenbahnvermögen zusammengeführt worden. In einem zweiten Schritt ist dann aus dem Bundeseisenbahnvermögen das bahnotwendige Vermögen auf die dadurch neu gegründete Deutsche Bahn AG ausgegliedert worden. Das nicht bahnotwendige Vermögen, also die sogenannten Altschulden, ist dagegen beim Bundeseisenbahnvermögen (BEV) verblieben. Insofern wäre juristisch das Bundeseisenbahnvermögen zuständig. Das bedeutet aber natürlich nicht, daß die Deutsche Bahn AG die Geschichte vor 1994 ignorieren würde. Ganz im Gegenteil: Die Deutsche Bahn AG sieht sich in der Verantwortung, auch die Geschichte ihrer Vorgängerorganisationen kritisch zu hinterfragen und offen zu thematisieren. Unsere Ausstellungsarbeit im DB Museum Nürnberg, das Mahnmahl Gleis 17 in Berlin, aber auch Kooperationen wie bei der Aufstellung des Gefängniswagens in Hohenschönhausen sind nur die bekanntesten Beispiele für die offene und verantwortungsbewußte Ausein-



Gebäude der Reichsbahndirektion in Halle.

dersetzung mit der Geschichte der Deutschen Bahn.

**stacheldraht:** Die Deutsche Bahn – damals noch mit Sitz in Frankfurt am Main – hat doch sicherlich eine Bestandsaufnahme der Vermögenswerte der Reichsbahn vorgenommen. Hätte man sich da nicht fragen müssen, warum es u.a. ein Reichsbahnausbesserungswerk in der Haftanstalt Brandenburg Görden gab?

**Kill:** Das müßte man die damals Beteiligten fragen. Nach dem Fall der Mauer und der Wiedervereinigung begann die Zusammenarbeit von Bundesbahn und Reichsbahn zunächst nur operativ und noch nicht strukturell. Parallel dazu begann die Bestandsaufnahme und gab es die Überlegungen zu einer bundesweiten Bahnreform. Die Dimensionen dieses Reformprozesses waren enorm und es waren viele daran beteiligt. Ob und wie lange die Reichsbahn in dieser Phase noch Arbeiten in einer Haftanstalt erledigen ließ, müßte jetzt erforscht werden.

**stacheldraht:** Im Herbst dieses Jahres plant die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft UOKG einen Runden Tisch und hat dazu betroffene Unternehmen eingeladen. Wird sich die Bahn AG an den Gesprächen beteiligen?

**Kill:** Wir sind immer gesprächsbereit, und Herr Dr. Grube hat bereits betont,

wie sehr uns daran liegt, daß die Ausbeutung der politischen Häftlinge gründlich durchleuchtet und dokumentiert wird. Außerdem setzen wir darauf, daß uns die UOKG bei unserer Forschungs- und Dokumentationsarbeit behilflich ist, indem sie einen Kontakt zwischen uns und ehemaligen politischen Gefangenen herstellt, die für die Reichsbahn arbeiten mußten – wir sind an solchen Zeitzeugenberichten sehr interessiert.

**stacheldraht:** Sie wollen demnächst eine Studie über die Haftzwangsarbeit bei der Deutschen Reichsbahn in der DDR in Auftrag geben. Wer wird mit der Studie beauftragt?

**Kill:** Wir sind hier noch in Gesprächen. Auf jeden Fall werden wir unabhängige Historiker beauftragen.

**stacheldraht:** Aus Erfahrung wissen wir, daß eine gründliche und unabhängige Studie eine gewisse Zeit in Anspruch nimmt. Auf der anderen Seite wer-

den wohl einige Betroffene den Ausgang nicht mehr erleben.

**Kill:** Das Unrecht, das den Gefangenen in der DDR widerfahren ist, bleibt unbestritten. Die DDR war ein Unrechtsstaat, das steht außer Frage, und die Deutsche Reichsbahn und die VEBs waren Teil dieses Systems. Eine historische Studie muß jetzt versuchen, möglichst genau und im jeweiligen historischen Zusammenhang zu beschreiben, wie das Zusammenwirken im System der DDR vorstatten ging.

Das Interview führte Michael Teupel



Leipziger Hauptbahnhof im Winter 1987.

## Forderungen der UOKG

Am 16. Juni 2014 stellte die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft ihren Forschungsbericht zur Zwangsarbeit in der SBZ/DDR der Öffentlichkeit vor. Damit soll ein Gesprächsprozess in Gang gesetzt werden, der zu einer umfassenden Aufarbeitung und Entschädigungen für die politischen Gefangenen führen muß, die Zwangsarbeit geleistet haben.

Die UOKG wendet sich an Vertreter von Wirtschaft, Politik und Aufarbeitung, um Gespräche zu beginnen. Sie sollen zu einem Runden Tisch führen, der zu einer die politischen Häftlinge befriedigenden Lösung führt.

Sieben Forderungen werden im Mittelpunkt der Gespräche stehen:

1. Umfassende Dokumentation über alle Betriebe und ihre Nachfolger, die

Zwangsarbeiter eingesetzt haben für alle Haftstätten der SBZ/DDR.

2. Offenlegung der westdeutschen Firmen, die von Zwangsarbeitern profitiert haben, u.a. aus den Unterlagen der Treuhandstelle für Interzonenhandel.

3. Öffentliche Entschuldigung der Firmen und Betriebe, die in Ost- und Westdeutschland von Zwangsarbeit profitiert haben, bei den politischen Gefangenen der DDR.

4. Einrichtung einer zentralen Stätte der Dokumentation und Aufarbeitung der Zwangsarbeit in der SBZ/DDR. Denkbar wäre das leerstehende Gefängnis in Naumburg/Saale. Einrichtung von Gedenktafeln und -orten für Betriebe, in denen Zwangsarbeit ein besonderes Ausmaß an Unmenschlichkeit erreichte.

5. Bildung eines Fonds unter Beteiligung der nutznießenden östlichen Betriebe und westlichen Firmen oder deren Nachfolger sowie der Bundesregierung, aus dem Zahlungen an ehemalige Zwangsarbeiter geleistet werden können, welche politischer Verfolgung ausgesetzt waren.

6. Entschädigungszahlungen im Rahmen einer deutlich verbesserten Ehrenpension für alle von politischen Zwangsarbeitern erbrachten Leistungen unter Berücksichtigung der besonderen Bedingungen der Zwangsarbeit (Normtreiberei, unmenschliches Strafsystem, künstlich erzeugte Not durch das Vergütungssystem).

7. Überprüfung und Neubewertung aller durch Zwangsarbeit bedingten Unfälle, Berufskrankheiten sowie physischen und psychischen Folgeschäden sowie daraus resultierend finanzielle Leistungen und Hilfestellungen zur Bewältigung der Folgen, die auf die speziellen Lebensbedingungen ehemaliger politischer Häftlinge zugeschnitten sind.

## „Bilanzierte Arbeitskräfte“

Aus der Zusammenfassung des Forschungsberichtes „Zwangsarbeit in der SBZ/DDR“ von Dr. Christian Sachse

In der DDR wurde sowohl aus rechtlicher Sicht als auch in der Praxis eine verbotene Form der Zwangsarbeit betrieben. Mißachtet wurde insbesondere das Verbot der ILO-Übereinkunft Nr. 105, politische Strafgefangene zur Zwangsarbeit heranzuziehen. Mißachtet wurde weiterhin das Verbot, Strafgefangene zum Zwecke der wirtschaftlichen Entwicklung einzusetzen.

Zwangsarbeit in der DDR war von Anfang an als zentralwirtschaftliches System angelegt, daß seit den 1970er Jahren in die Planwirtschaft integriert war. Dem legitimen Eingriff in das Menschenrecht auf Arbeitsfreiheit standen keinerlei begrenzende Schutzrechte gegenüber. Das Ziel bestand in einer maximalen Ausbeutung der Arbeitskraft Strafgefangener. Die Arbeitsbedingungen, insbesondere der Schutz vor Unfällen, waren deutlich schlechter als bei zivilen Arbeitern.

Die Bundesrepublik, welche die internationalen Konventionen zum Umgang mit Zwangsarbeit ausgehend von Artikel 12 (3) GG im Westen Deutschlands vorbildlich einhielt, bezog aus dem anderen Teil Deutschlands unter Zwangsarbeit hergestellte Produkte ohne einschlägige Prüfung. Dies trifft auch auf Firmen in der Bundesrepublik zu. Eine intensive Prüfung wäre bereits nach den öffentlich vorliegenden Informationen über Zwangsarbeit in der DDR unumgänglich gewesen. Das handelspolitische Instrument der Treuhandstelle für Interzonenhandel wurde nicht genutzt. [...]

Bereits 1948 sind Pläne nachweisbar, alle Strafgefangenen nach sowjetischem Muster für die Wirtschaft nutzbar zu machen. Bis auf wenige Ausnahmen (Lager nach Befehl 201, Entnazifizierung) ging es vorrangig um die wirtschaftliche Ausbeutung der Arbeitskraft. Die Leistungen der Gefangenen wurden im voraus geplant und Strafanstalten Einnahmen in definierter Höhe abverlangt. Gegen Ende der 1950er Jahre war die Ressource Arbeitskraft der Strafgefangenen in einer Weise verplant, daß DDR-Betriebe um die Zuweisung von Strafgefangenen konkurrierten. In den 1960er Jahren entstand daraufhin ein zentrales System der Zuweisung von Kontingenten an Strafgefangenen innerhalb des Ministeriums des Innern. In den 1970er Jahren wurde die Zuweisung von

Strafgefangenen in die Staatliche Plankommission integriert. Strafgefangene galten seit dieser Zeit als „bilanzierte Arbeitskräfte“. Eine Reihe von Betrieben verlangte in eigener Initiative die Zuweisung von Strafgefangenen. Dieses System änderte sich bis zum Ende der DDR nicht mehr.

Wie interne Statistiken belegen, profitierten fast alle Wirtschaftszweige von der Zwangsarbeit. Eingesetzt wurden Strafgefangene in der Regel in Bereichen mit körperlich schwerer Arbeit, wo die Arbeitsbedingungen so miserabel waren, daß keine zivilen Arbeiter gefunden werden konnten. Die Schwerpunkte waren jedoch unterschiedlich. Während in den 1950er und 1960er Jahren körperliche Schwerstarbeit dominierte (Bergbau, Gleisbau, Metallurgie), kamen in den 1970er Jahren Fließbandarbeit und gesundheitsschädliche Arbeiten hinzu (z.B. chemische Industrie, Pentacon, Fertigung von Elektromotoren). Maßnahmen der Resozialisierung und berufliche Bildung fanden in einer derart reduzierten Weise statt, daß man von einem Fehlen sprechen kann.

Der wirtschaftliche Gewinn für einen einzelnen Betrieb kann auf Grund von Besonderheiten der sozialistischen Planwirtschaft nicht beziffert werden. Die Gründe können hier nur angedeutet werden: Einzelne Betriebe in der DDR können nicht – wie in der freien Marktwirtschaft – als selbständige wirtschaftliche Einheiten mit meßbaren Einnahmen und Ausgaben betrachtet werden. Berechnungen über den „Wert“ eines Strafgefangenen, die DDR-Betriebe selbst anstellten, sind stark von wirtschaftspolitischen Ambitionen überformt

und daher nicht ohne Überprüfung zu verwenden.

Ein Indiz auf die wirtschaftliche Bedeutung von Strafgefangenen findet sich in den Verlustmeldungen der Betriebe während der Amnestien. Diese spiegeln aber nicht die Arbeitsleistung der Gefangenen wider, sondern den Verlust in der gesamten Wertschöpfungskette. Die eigentliche wirtschaftliche Bedeutung der Zwangsarbeit lag darin, daß Arbeiten in Bereichen geleistet wurden, die von zivilen Arbeitern nicht zu besetzen waren. Dadurch ersparte sich die DDR Investitionen, welche die Arbeitsbedingungen erträglich und akzeptabel gestalten konnten. Aus diesem Grund ist die Feststellung (Steffen Alisch) wenig aussagekräftig, daß der Strafvollzug insgesamt ein „Zuschußgeschäft“ gewesen sei.

Allgemein kann festgestellt werden, daß die Arbeitsbedingungen für Strafgefangene durchweg wesentlich schlechter waren als für zivile Arbeiter. Diese Feststellung bezieht sich auch auf die zu erbringenden Arbeitsleistungen, die in vielen Fällen über denen von zivilen Arbeitern lagen. Über künstliche Senkung des Lebensstandards waren die Strafgefangenen überdies zur Übererfüllung der Arbeitsnormen gezwungen. Die Arbeitsgeräte waren in der Regel in wesentlich schlechterem Zustand als im zivilen Bereich. Der Arbeits- und Unfallschutz wurde schwer vernachlässigt. Die Umgebungsbedingungen (Duschen, Toiletten, Pausenräume usw.) lagen weit unter denen im zivilen Bereich. Arbeitsruhe (in Analogie zum Urlaub) wurde nur in seltenen Ausnahmefällen gewährt. Die gesetzlich geregelten Arbeitszeiten wurden in vielen Fällen nicht eingehalten. Hinzuweisen ist hier auf die



Foto: Privat

Auch Kinder waren betroffen: Matthias W. aus dem Spezialkinderheim Pritzhagen bei Arbeiten im Straßenbau der Gemeinden Buckow, Pritzhagen, Bollersdorf, 13 Jahre alt, November 1983, hier mit Holzstamper für den Straßenbau.

oftmals katastrophalen Lebensbedingungen in den Lagern, die eine angemessene Erholung von den hohen Leistungsanforderungen nicht erlaubten. [...]

Nachweisbar ist die besondere Situation der Strafgefangenen an der Unfallquote, d.h. die Zahl der Unfälle pro Kopf nach einzelnen Industriebereichen. Anhand der Statistiken über meldepflichtige Arbeitsunfälle im zivilen Bereich und von Strafgefangenen läßt sich nach Industriebereichen differenziert zeigen, daß die Unfallquote Anfang der 1960er Jahre bis zu dreimal höher war als im zivilen Bereich (Durchschnitt für zivile Industriearbeiter:

rung des innerdeutschen Handels, das bis zum Ende der DDR aktiv blieb. Die Treuhandstelle arbeitete unter Bedingungen, die keine völlig freien Entscheidungen zuließen. Da sie aber Waren kontingentierte oder sogar mit Auflagen zur Einzelgenehmigung versah, wäre hier die Möglichkeit gegeben gewesen, Waren nicht über die deutsch-deutsche Grenze gelangen zu lassen, die unter Beteiligung von Zwangsarbeitern hergestellt worden waren. Dies ist offenbar nicht geschehen. Angesicht der besonderen deutsch-deutschen Situation wäre die Bundesregierung, welche die einschlägigen internationalen Konventionen zur Zwangsarbeit unterzeich-

Sozialversicherung war die staatliche Versicherung also zu Zahlungen bei Unfällen und Berufskrankheiten verpflichtet. Das ist in einigen Fällen offenbar auch geschehen.

Insgesamt wurde das System der Zwangsarbeit sowohl in seiner Dimension der wirtschaftlichen Ausbeutung als auch der politischen Repression durch das Innenministerium betrieben, wobei die Richtungsentscheidungen vom Zentralkomitee der SED gefällt wurden.

**Verantwortlichkeiten in der Bundesrepublik:** Zu verweisen ist auf die spezifische Verantwortung der Treuhandstelle für Interzonenhandel und die besonderen Verpflichtungen, die sich aus den Besonderheiten innerdeutschen Handels ergeben. Angesichts der Veröffentlichungen von Menschenrechtsorganisationen, Presseinformationen und gelegentlichen Statements im Bundestag, waren genügend Verdachtsmomente gegeben, die westliche Firmen veranlassen mußten, die Herkunft ihrer Ware zu überprüfen.

Die Geltung der Menschenrechte in der Bundesrepublik erlegte den westdeutschen Firmen die Verantwortung dafür auf, sich Informationen zu beschaffen, ob und in welcher Weise sie aus dem anderen Teil Deutschlands Waren bezogen, welche unter Mitwirkung von Zwangs-

## Veröffentlichung

Christian Sachse: Das System der Zwangsarbeit in der SED-Diktatur. Die wirtschaftliche und politische Dimension, Universitätsverlag Leipzig, Leipzig 2014, 498 S., 19,90 €

ca. 50 Unfälle auf 1000 Arbeiter; für Strafgefangene ca. 150 Unfälle auf 1000 Arbeiter). Bis 1989 sank der „Vorsprung“ der Strafgefangenen an Unfällen auf das Doppelte.

Erhebliche Unterschiede zum zivilen Bereich bestanden in der Untersuchung der Unfallursachen. Dazu wurden die einschlägigen Instanzen (Kriminalpolizei, Arbeitsschutz-Inspektion, zivile Staatsanwälte) nicht herangezogen. Über die Unfallursachen und die Schuldfrage befanden die Betriebsleiter persönlich in Zusammenarbeit mit der Leitung des Strafvollzugs. Die Arbeitsschutz-Inspektionen durften die gesetzlich vorgeschriebene Überwachung in Betrieben, in denen Strafgefangene beschäftigt waren, nicht durchführen. Selbst überwachungspflichtige Anlagen (bei Gesundheitsgefahren, explosionsgefährdete Anlagen) übernahmen Instanzen des Strafvollzuges selbst. Auf Grund der nur behördenintern angelegten Kontrolle war die Praxis durchweg von Verstößen geprägt.

Bis 1988 hatten die Strafgefangenen keinen Zugang zu den Unfallberichten. Eine Anhörung war nicht vorgeschrieben. Zeitweise waren einschlägige Bestimmungen so gefaßt, daß zunächst nach einem Selbstverschulden des Strafgefangenen gefragt wurde, dessen Feststellung besonders sorgfältig dokumentiert wurde (bis 1988). [...]

Die Bundesrepublik verfügte mit der Treuhandstelle für Interzonenhandel seit 1951 über ein effektives Instrument zur Steue-

net hatte und innerhalb der Bundesrepublik vorbildlich einhielt, verpflichtet gewesen, derartige Waren zurückzuweisen. Sie hat faktisch die Zwangsarbeit in der DDR nach Kriterien behandelt, welche für das Ausland möglicherweise als hinnehmbar gelten konnten. [...]

**Verantwortlichkeiten in der DDR:** Für die DDR sind das die jeweils spezifischen Verantwortungsbereiche, dies sich aus der Gesetzeslage der DDR ergeben. Danach waren die Betriebe für die konkreten Arbeitsbedingungen, den Schutz vor Unfällen und Berufskrankheiten unmittelbar verantwortlich und hafteten bei Verschulden mit ihrem Vermögen.

Die Verwaltung des Strafvollzuges hatte erheblichen Einfluß auf die Verteilung der Strafgefangenen sowie die Höhe des Tariflohnes. Sie war durch die Zurückhaltung der Sozialbeiträge in vollem Umfang für die arbeitsmedizinische Versorgung zuständig. Der für die Renten bestimmte Anteil der Sozialabgaben wurde einbehalten und zweckentfremdet verwendet. In vollem Umfang verantwortlich war der Strafvollzug für die Systeme der „Arbeitsbelohnung“ und der Sanktionen bei zu geringer Arbeitsleistung. Sonderschichten und sonstige zusätzliche Leistungen mußten vom Strafvollzug genehmigt werden.

An die staatliche Versicherung wurde die Unfallumlage gezahlt. Anders als bei der

## Veranstaltungen

### „Zwangsarbeit in der SBZ/DDR 1945-1990“

Tagung der UOKG, für ehemalige Häftlinge und Interessierte  
20.9. (Sa), 10.30–18.30 Uhr  
Ort: Bundesgeschäftsstelle der UOKG,  
Ruschestr. 103, Haus 1, 6. Etage, 10365 Berlin-Lichtenberg

### „Zwangsarbeit in der DDR – Ein offenes Thema gesamtdeutscher Aufarbeitung“

Öffentliches Symposium der Arbeitsgruppe Aufarbeitung und Recht in Zusammenarbeit mit der Europa-Universität Viadrina  
25.9. (Do), 13.00–17.00 Uhr  
Ort: Europa-Universität Viadrina, Senatssaal,  
Hauptgebäude, Große Scharnstr. 59, 15230 Frankfurt/Oder

arbeit zustande gekommen waren. Daß in diesem Bereich eine gewisse Abwägung verschiedener Aspekte und Interessen vorgenommen wurde, ist wohl zuzugestehen. Nicht akzeptiert werden kann die bereits mehrfach getätigte Aussage, man habe nichts gewußt. Dieses Argument kann auch angesichts der Leichtigkeit, mit der Informationen erlangt werden konnten (amnesty international, Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, Presse, politische Äußerungen), nicht unbesehen hingenommen werden. 

## Kanons statt Kantaten

### 33. Treffen des Bautzener Kirchenchores

Auch in diesem Jahr – vom 22. bis 26. Juni – versammelten wir noch Verbliebenen des Bautzener Kirchenchores aus dem „Gelben Elend“ der 1950er Jahre uns in Eisenach – neun mittlerweile sehr alte Herren, einige begleitet von ihren Frauen oder Kindern, aber wir begrüßten auch wieder eine der Witwen.

Drei Tage verbrachten wir miteinander, angefüllt mit Gesprächen und Spaziergängen, einige auch mit kleinen Ausflügen in die Umgebung der Wartburg. Wie schon öfter sahen wir eine lebendige Videoaufzeichnung vom letzten Treffen, dazu eine vorzügliche Zusammenfassung

über jene von 1994 bis 2012. Hierbei begegneten wir vielen inzwischen verstorbenen Freunden, auch jenen fünf, die seit dem letzten Treffen heimgingen. Mit ganz eigenen Gedanken gedachten wir ihrer und unserer früheren Toten.

Wie immer versammelten wir uns auch diesmal in der stimmungsvollen Kapelle des Hauses „Hainstein“ zu einem ökumenischen Gottesdienst, den ein Pfarrer aus unserer Mitte hielt und in dem wir nach alter Tradition auch sangen. Freilich müssen wir seit langem auf Männerchorsätze verzichten, freuen uns aber, noch immer, wengleich unterstützt von den Frauen,

Kanons singen zu können. An der Orgel saß wieder der Schwiegersohn eines der Unrigen, ein aktiver Kirchenmusiker.

Am Gottesdienst nahm auch die jetzige Bautzener Gefangenenseelsorgerin teil, die uns, wie schon zweimal zuvor, besuchte – uns, denen vor gut sechzig Jahren ihr damaliger Amtsbruder Pfarrer Mund zu unserer bewährten Gemeinschaft verholten hatte. Ergänzt durch zahlreiche Fotos, berichtete sie von den heutigen Haftbedingungen und den aktuellen Baumaßnahmen in „Bautzen I“. Sie fand in uns hierbei natürlich ein besonders interessiertes Publikum.

Das konnte man auch bei dem „Konzert für den Bautzener Kirchenchor“ sagen, das der erwähnte Chemnitzer Kantor, seine Frau und der Schwiegervater für uns gaben. Trotz der Beschränkungen des nur einmanualigen Instruments spielte er u. a. zwei große Orgelkompositionen von J.S. Bach und Mendelssohn-Bartholdy. Alle waren beeindruckt von der Musik, aber auch von der sichtbaren Hand- und Fußfertigkeit des Organisten. Doch nicht genug damit: Zusammen mit seiner Frau spielte und sang er eine Motette, und der Vater, ebenfalls ehemaliger Kantor, blies bei einer barocken Triosonate die Flöte. So hatte dieses Treffen wieder seinen musikalischen Höhepunkt.

Alle genossen die drei gemeinsamen Tage, und deshalb kann es nicht verwundern, wenn man sich verabredete, auch im nächsten Jahr wieder in Eisenach zusammenzukommen – sofern es das Alter noch zuläßt.



Die Verbliebenen des Bautzener Kirchenchores 2014.

Ulrich Haase

## Fidelio – Die Freiheitsoper im Zuchthaus

„Oh welche Lust in freier Luft...“, mit Leidenschaft vorgetragen vom Gefangenchor unter Beteiligung ehemaliger Häftlinge an diesem authentischen Ort, vor dieser authentischen Kulisse des Roten Elends, der DDR-Strafvollzugsanstalt Cottbus, das ging unter die Haut! Auf ausverkaufter Tribüne mußten die mehr als 1000 Zuschauer, ebenso authentisch, auf Plastikstühlen hocken, statt gemütlich in samtigen Sesseln zu dösen, umgeben von bedrückend wirkendem altem Gemäuer. Auf dem Hof trampelte im Marschschritt mit Gebrüll eine Truppe schwarzgekleideter Büttel mit geschulterten Gewehren, die später auch im Chor zu sehen waren, ein Barkas bog aus

dem Torhaus ein und lieferte neue Häftlinge an, zum Eingruseln in Zuchthausatmosphäre.

Diese größte Haftanstalt der DDR wurde von der SED-Führung als Geldbeschaffungsinstrument genutzt, über Zwangsarbeit und Häftlingsfreikauf. Mehr als 3,5 Milliarden DM sollen von West nach Ost geflossen sein allein für Häftlinge aus Cottbus. Ehemalige Gefangene haben sich später zusammengetan und „ihren“ Knast gekauft, um ihn vor dem Verfall zu retten – jetzt ist er umgewandelt in eine eindrucksvolle Gedenkstätte. Die Ausstellung „Karierte Wolken“ im ehemaligen Gefängnis, besonders die lebens-

großen Elendsgestalten im überfüllten, miefigen Knastsaal, ist sehr bemerkenswert.

Vor dem Torhaus standen an diesem Tag nachempfundene „Tigerkäfige“, die mit Fotos und Biographien auf die Lage heutiger politischer Gefangener in Rußland, Kuba, Pakistan, Iran und China aufmerksam machten. Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte IGMF forderte mit dieser Aktion mehr Aufmerksamkeit und Mitwirkung von Gesellschaft und Politik ein. Dieter Dombrowski, Landtagsabgeordneter der CDU in Brandenburg und ehemaliger politischer Häftling, kam der Aufforderung nach, symbolisch für

einen derzeitigen politischen Gefangenen im Käfig zu sitzen, ebenso Karl Hafen, der geschäftsführende Vorsitzende der IGFM.



Karl Hafen von der IGFM erinnert an politische Gefangene, die noch auf Befreiung warten.

Der Verein will im Laufe des Sommers in mehreren Städten für mehr Wachsamkeit gegenüber menschenrechtsverletzenden Regimes werben.

Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft UOKG war ebenfalls präsent durch die Beratungsstelle für DDR-Zwangsadoptionen, vertreten durch Katrin Behr und Helfer. An einer Art Klagemauer entlang eines Zauns waren über 300 Einzelschicksale suchender Kinder und suchender Angehöriger auf A4-Plakaten ausgestellt, an einem aufgestellten Tisch gab es nähere Informationen.

Sylvia Wähling, Leiterin der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus, hat es geschafft, das Cottbuser Staatstheater mit der Freiheitsoper von Ludwig van Beethoven ins Gefängnis zu bringen, allerdings nicht in Haft, sondern als Orchester unter der Leitung von Evan Christ und als gefeierte Solisten, wie Miriam Gordon-Stewart in der Titelrolle und Craig Bermingham als Florestan.

Fidelio basiert auf einer wahren Geschichte, die sich in Zeiten der französischen Revolution zugetragen hat: Die Ehefrau eines Häftlings (Leonore) verkleidet sich als Mann (Fidelio) und verdingt sich als Hilfsaufseher im Gefängnis, in der Hoffnung, ihren Gatten (Florestan)

retten zu können, der auf Befehl des korrupten Gouverneurs (Pizarro) im Verlies schmachtet und beseitigt werden soll. Unwillkürlich fallen einem dabei Namen aus der DDR-Politriege ein oder die der grausamen „Schließer“, von den Häftlingen z.B. „Urian“, „Roter Terror“ oder „Arafat“ genannt. Es waren die Brutalsten in Cottbus.

Die endgültige Fassung der Oper Fidelio von Ludwig van Beethoven wurde genau vor 200 Jahren, nämlich 1814, an der Wiener Staatsoper uraufgeführt. 1955 fand zur Einweihung dieses wiederaufgebauten Prachtbaus, der noch im März 1945 durch amerikanische Bomben zerstört worden war, ebenfalls eine Aufführung dieser Oper statt, zeitgleich mit dem Abzug der Besatzungssoldaten der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion.

In Cottbus genossen die Zuschauer eine Aufführung der ganz besonderen Art – Darbietung der Extra-Klasse. Eben waren hinter den Fenstern noch Häftlinge zu sehen, die Gitterstäbe umklammerten, als sich endlich die Tore zu den Verliesen öffneten, die Ketten gesprengt und der Gewaltherrscher Pizarro abgeführt wurde, zu einem Barkas. Leonore und Flo-

restan waren wiedervereint. Noch einmal erklang zum Schluß der gewaltige Chor und rief bei den Zuschauern Rührung und sogar Tränen hervor, vielleicht in dem Wissen, daß ehemalige Häftlinge mitwirkten oder in der Erinnerung an eigene Haftzeit. Singen war im Knast bei Strafe verboten. Eine Videowshow,

die mit einstürzenden Mauern endete, projizierte Bilder von der Friedlichen Revolution auf das Gefängnisgebäude, während das Hohelied auf die Freiheit, von 200 weißgekleideten Menschen gesungen, in den nächtlichen Himmel stieg. Das war ein ganz starker Abschluß. Das Publikum bedankte sich begeistert mit tosendem Beifall, Jubel, Pfiffen, Getrampel. Erst kurz vor Mitternacht endete diese letzte Vorstellung. Eine Open-Air-Veranstaltung birgt immer Risiken. Aber am 12. Juli 2014 ließ der Gott des Wetters Gnade walten.

Während der Pause wurden im Publikum Hafterfahrungen ausgetauscht, wie ich mitbekam. Auch hörte ich einen Mann sagen, daß in dem Saal mit den großen Figuren eigentlich eine Prügelsszene fehle, denn aus Frustration entstanden oft solche Auseinandersetzungen, wie er erklärte. Zwei Frauen berichteten mir von ihrer Haft. Sylvia Wähling resümierte: „Für mich war am bewegendsten, daß viele ehemalige Häftlinge extra wegen Fidelio gekommen sind. Einer aus Cottbus, der jederzeit hätte kommen können, aber noch nie hier war, noch nie in einer Oper war und diese hier erleben wollte. Andere, die seit ihrer Freilassung diesen Ort nie wieder betreten wollten und doch zu Fidelio sich überwandten. Am letzten Tag kam sogar ein Häftling, der seit 24 Jahren auf Kreta lebt und seit seiner Freilassung auch noch nie hier war – und er kam extra aus Kreta dafür.“

Diese Operninszenierung war mit Abstand die eindrucksvollste und anrührendste, gewaltigste, phantastischste und authentischste Aufführung, die ich bislang erleben durfte. Dafür hat sich die Reise von Hamburg nach Cottbus gelohnt.

Sybillie Krägel



Opernszene vor der gespenstischen Kulisse des ehemaligen Hafthauses.

## Lenin lebt in Schwerin

Für den 17. Juni 2014 plante eine Gruppe ehemaliger Widerständler der DDR eine Aktion gegen das letzte, in Deutschland in einem Wohngebiet stehende Lenin-Denkmal. Der zuständige evangelische Bischof wurde offiziell angefragt, ob sich die Kirche daran beteiligen würde, weil der ideologische Vater der sowjetrussischen Diktatur auch eine massive Christenverfolgung initiierte, leider kam eine Absage. In einem Brief an die Oberbürgermeisterin von Schwerin wurde eine Verhüllung des Lenin-Kopfes am Tag des Gedenkens an den Volksaufstand von 1953 beantragt.



Verhüllter Lenin, getröstet mit der Sowjet-Fahne.

Es kam keine Antwort, denn die Kommunalpolitikerin, seit 1978 SED-Mitglied und ab 1981 Mitglied der Kreisleitung der FDJ (SED-Kader-Jugendorganisation), wurde im Geiste des „Leninismus“ sozialisiert und hat wohl dementsprechend keine kritische Distanz zu den Verbrechen des Kommunismus. Erst massive Nachfragen brachten kurz vor dem Termin die Geneh-

migung für eine Demonstration, doch die Verhüllung des Lenin-Denkmals wurde verboten. Dagegen klagten die Initiatoren der Aktion vor dem Verwaltungsgericht Schwerin und bekamen Recht. In der Urteilsbegründung wird der Oberbürgermeisterin ein merkwürdiges Rechtsverständnis bescheinigt, weil sie die Verhüllung des Lenin-Denkmals mit der Begründung verbot, es könne jemand bei der Verhüllung von der Leiter fallen. Gleichzeitig, so die drei Richter, würde aber gerade in Schwerin von der Oberbürgermeisterin immer wieder das Anbringen von Wahlplakaten in großer Höhe an Straßenlaterne genehmigt. Natürlich weiß fast jeder in Schwerin, daß sich dieser Hinweis auf die Plakate der SED/PDS/Die Linke bezieht.

Als am 17. Juni 2014 die Verhüllung begonnen sollte, war bereits ein harter Kern von DKP und SDAJ vor Ort, übrigens mit einer Fahne der Sowjetunion, mit Hammer und Sichel. Diese Fahne Lenins/Stalins wehte auch 1953, als sowjetische Panzer in Ost-Berlin sowie in der DDR den Volksaufstand blutig niederschlugen. Ein DKP-Mitglied bezeichnete die mutigen Menschen, die sich gegen die SED erhoben, als erste Konterrevolutionäre in der DDR. Trotz wütender Proteste konnte die „Verhüllung“ von 14 bis 17 Uhr unter Polizeischutz durchgeführt werden.

Es bleibt die Frage, wieso es 25 Jahre nach der unvollendeten, friedlich-demokratischen Revolution von 1989 noch immer ein Denkmal für einen kommunistischen Diktator in Schwerin gibt. Die Junge Union und die FDP sind für den Abriß des Denkmals, auch die AfD will dies. Leider verhielt sich die CDU inkonsequent, als sie sich bei der Abstimmung zu dieser Frage der Stimme enthielt. Also konnten SPD und Die Linke gemeinsam die Erhaltung des Lenin-Denkmals durchsetzen. Ob die SPD-Genossen bei dieser Abstimmung nicht an die mutigen Mitglieder ihrer Partei dachten, die sich im Widerstand gegen die Zwangsvereinigung mit der leninistisch-stalinistischen KPD befanden? Natürlich gibt es leider auch Geschichtsvergessenheit in der CDU, wo noch immer „Blockflöten“ aus der DDR-Diktatur eine wirkliche Aufarbeitung der Unterwerfung unter die „führende Rolle der SED“ abwehren. Sie sind es wahrscheinlich auch, die eine klare Haltung zum Abriß der unsäglichen Statue verhindern.

Wenn sich nach diesen Vorfällen am 17. Juni in Schwerin nicht eine klare Mehrheit für die Beseitigung des Lenin-Denkmal findet, sollte Schwerin auf alle offiziellen Veranstaltungen zum Gedenken an die Revolution vor 25 Jahren verzichten. Dann kann die Stadt den Namen „Lenin-Stadt Schwerin“ beanspruchen. Und dann wird auch deutlich, warum die Revolution von 1989 unvollendet geblieben ist.

Anton Odenthal

## „Manche Mutter starb aus Schmerz um ihre Kinder“

### Jahrestagung der Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion

Bei ihrer Verhaftung kurz nach Kriegsende waren sie zwischen 16 und 22 Jahre alt. Heute zählen sie zwischen 83 und 100 Lenze. Die absurden, aber schwerwiegenden Anschuldigungen damals lauteten: Spionage, Sabotage, antisowjetische Propaganda, Hetze gegen die DDR. Dieses Unrecht brachte den jungen Menschen mal zehn, meist 25 Jahre Zwangsarbeit ein, vielfach auch die Todesstrafe. Stellvertretend für einst Hunderte von Leidensgefährtingen waren fünf von den nach Workuta Verschleppten und eine aus dem Lager Taischet nach Karlsruhe gekommen. Vom 30. Mai bis 1. Juni 2014 stand die Jahrestagung der Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion erstmalig unter dem Motto „Die Frauen vom GULag“. Für viele der noch lebenden Frauen war leider die Anreise zu beschwerlich. Um so faszinioser registrierten die über 80 Anwe-

senden die Berichte der Betroffenen. „So habe ich das alles gar nicht eingeschätzt“, meinte Horst Schüler (89), der langjährige verdienstvolle Vorsitzende der Lagergemeinschaft, sichtlich erschüttert. „Leider haben wir Männer immer auf unser eigenes Schicksal geschaut und vergessen, welche Erfahrungen die Frauen gemacht haben“, räumte er voller Empathie ein. „Wir sind froh, daß überhaupt einmal öffentlich über uns gesprochen wird“, freute sich Anita Wille (86) aus Kutenholz bei Hamburg über dieses Eingeständnis, womit sie ihren tapferen Mitstreiterinnen aus dem Herzen sprach.

Auch Historiker Prof. Meinhard Stark, der sich viele Jahre wie kaum ein anderer mit der GULag-Thematik beschäftigt hat, mehrere Bücher veröffentlichte und im Sitzungssaal des Schloß-Hotels ein hoch-

interessantes Referat über seine Nachforschungen hielt, war von den unmittelbaren Schilderungen der Frauen stark beeindruckt. „Ich bin sehr betroffen“, erklärte er bestürzt nach dem Gehörten. Und so erging es allen Teilnehmern, die in dieser geballten Form noch nie vom Leid, den Demütigungen und Schikanen der zwangsdeportierten Frauen erfahren hatten, denen völlig grundlos ihre Jugend zerstört worden war.

Rosel Blasczyk (86) aus Annweiler beschrieb ihre jahrelange Zwangsarbeit, die sie unter widrigsten klimatischen Umständen ausführen mußte: „Wir schufteten bei minus 40/45 Grad, mitunter sogar bei minus 50 Grad, wenn Schneesturm herrschte. Ich habe auch unter Tage gearbeitet, mußte im Drei-Schicht-System Lehm hochwuchten, aus dem Ziegel gebrannt

wurden in Kammern, wo 300 bis 400 Grad Hitze herrschten.“ Diese unmenschlichen Bedingungen spürte man durch die hautnahe Schilderung fast körperlich. Manch einer konnte die Tränen nicht zurückhalten. Grausen riefen auch die Berichte über schwere Unfälle hervor, die oft tödlich endeten. „Die Schlacke mußte mit Karren drei Meter hochgewuchtet werden an den Bahnschienen. Wenn ein Zug kam, war das lebensgefährlich“, erklärte Rosel Blasczyk sichtlich aufgewühlt. Zur todbringenden Kälte und ständigem Hunger kamen die katastrophalen hygienischen Zustände hinzu. „Für den ganzen Monat gab es ein Stück Kernseife, und die zerfiel schon beim zweiten Waschen.“

Ganz besonders schlimm empfanden die Frauen ihre Degradierung zu geschlechtslosen Wesen durch viel zu große, schlampige Männerbekleidung. Meinhard Stark bestätigte, daß Frauen im Gulag stark unter ihrem Äußeren litten. Was natürlich so gewollt war. Auch im Frauenzuchthaus Hoheneck wurden wir regelrecht zu Vogelscheuchen degradiert. Eine wohlausgeklügelte Methode, um speziell Frauen zu quälen. Bei Müttern kam noch der Kummer über die Trennung von ihren Kindern hinzu. Wie z.B. bei Gerda Janson (86) aus Köln. Im Dezember 1950 erlebte sie mit 22 Jahren in Berlin-Hohenschönhausen eine besonders brutale Verhaftung. Nachts um drei Uhr rissen sie die junge Frau aus ihrem Bett, ohne Rücksicht auf den bitterlich weinenden, zweijährigen Sohn. Als die Wohnungstür hinter den Barbaren ins Schloß gefallen war, machte sie das einzig Richtige, was eine verzweifelte Mutter tun kann: Sie schrie die ganze Nachbarschaft zusammen, so daß Hilfsbereite sich erstmal des verschreckten Kindes annehmen konnten. Wegen „Spionage, antisowjetischer Propaganda und DDR-Hetze“ erhielt sie 25 Jahre Arbeitslager in Workuta. „Nur der Gedanke an meinen Sohn hielt mich am Leben“, berichtete Gerda rückblickend. Nach fast sechs Jahren konnte sie den Jungen endlich wieder in die Arme schließen. „Manche Mutter starb aus Schmerz um ihre Kinder“, hatte zuvor Historiker Stark in seinem Referat ausgeführt.

Eine weitere Härte in den Arbeitslagern Sibiriens: Jeglicher Kontakt zur Familie war verboten. „Erst nach Stalins Tod 1953 hatten wir Hoffnung, unsere Angehörigen wiederzusehen“, erklärte Anita Wille, „wir waren für sie plötzlich wie vom Erdboden verschluckt.“ Fünf Jahre dauerte ihr Martyrium. Edith Fadtker war 21 Jahre alt, als sie in der DDR 1952 von der Arbeit weg verhaftet wurde, wo sie als Übersetzerin für

Russisch tätig war. „Sie warfen mir Spionage und Sabotage vor“, trug die Berlinerin kopfschüttelnd vor. Und Rosel Blasczyk ergänzte: „Stundenlang verhörten die mich, meist nachts, angeschnallt an einen Stuhl. Ich fragte die, wann ich denn das alles ausgeführt haben sollte, was die mir bei meinen gerade mal 19 Jahren vorwarfen.“ Und während die Frauen von ihren unmenschlichen Torturen berichteten, machte sich im Saal tiefe Ergriffenheit breit. Vielen stand das blanke Entsetzen ins Gesicht geschrieben. Auch die Erzählungen im kleineren Kreis von Petra K. (86), die vergeblich aus der Schweiz angereist war, um ehemalige Leidensgefährtinnen zu treffen, sorgten für Empörung. „Ich weilte 1948 in Linz und wollte meine Großmutter in Wien besuchen. Plötzlich wurde ich verhaftet und als amerikanische Spionin bezeichnet. Sie verurteilten mich zu 20 Jahren Straflager. Neuneinhalb Jahre mußte ich im Steinbruch schuften. Heute leide ich dadurch an äußerst schmerzhafter Hüftgelenk-Arthrose.“

Als es darum ging, zwischen den feststehenden Programmpunkten einen Besuch im mit Herzblut eingerichteten „Privatmuseum“ des Kameraden Dr. Martin Hoffmann zu ermöglichen, erwiesen sich Edda Ahrberg und Anne Drescher als perfekte Organisations-Talente. Mit mehreren Taxis ging es vor die Tore der „Residenz des Rechts“, um eine ungewöhnliche Geschichtsstunde mit Original-Dokumenten und Gegenständen aus Gulag- und DDR-Zeiten zu erleben. Wie hatte der Karlsruher Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup in seiner Ansprache erklärt: „Nur, wer sich erinnert und aus der Geschichte lernt, kann einer guten Zukunft entgegensehen.“

Was mich nachhaltig beeindruckte in diesem Kreis, wo ich zum dritten Mal Gast sein durfte, waren Kameradschaftsgeist, Zusammenhalt und Herzlichkeit der Betroffenen. Wer die emotionalen Berichte erlebte, muß die weitaus unmenschlicheren Verhältnisse im fernen Sibirien beim Vergleich zu DDR-Haftanstalten ohne Einschränkung zugestehen. Trotzdem verblüffte mich beim Abschied in Karlsruhe Anita Wille mit den Worten: „Na, der Drill, den ihr im Frauenzuchthaus Hoheneck erleben müßt, war auch schrecklich genug.“ In dem Moment machte sich ein bereits seit Längerem in mir schwelender Gedanke breit: Wenn man doch beide Gruppen, die Frauen von Workuta/Taischet und die von Hoheneck, einmal zusammenführen könnte – zum Gedankenaustausch, zur Traumabewältigung, zum Mutmachen. Die Haltung aller Gulag-Überlebenden

– und leider fast Vergessenen – ist bewundernswert und vorbildlich. Um so enttäuscht war ich persönlich, daß keinerlei offizielle Würdigung in Karlsruhe von seiten der Regierung, einer Behörde oder Stiftung für die erstmals in der Öffentlichkeit zu Wort kommenden „Frauen aus dem Gulag“ stattfand. Denn das konnte nicht Aufgabe der Organisatoren dieser Tagung sein, das hätte man von höherer Warte aus vorbereiten können, meine ich...

Ellen Thiemann



Trotz ihres unermeßlichen Leidens überraschten die „Frauen vom Gulag“ in Karlsruhe mit einer optimistischen Einstellung: (v.l.) Edith Fadtker, Gerda Janson, Anita Wille, Petra K., Rosel Blasczyk



Zahlreichen Interessierten zeigte Dr. Martin Hoffmann sein privates „Workuta-Zeitzeugenmuseum“. Stefan Krikowski (r.) hatte ihn und weitere 35 Zeitzeugen interviewt für das neue Internetportal über die Lagergemeinschaft ([www.workuta.de](http://www.workuta.de)).



Eng verbunden mit der Lagergemeinschaft: Anne Drescher (l.), Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen in Mecklenburg-Vorpommern, und Edda Ahrberg, ehemalige Landesbeauftragte in Sachsen-Anhalt, beim Museumsbesuch.

# Das Ende des Schweigens

## Gedenkveranstaltung 2014 in Fünfeichen

Die Jahresgedenkveranstaltung der Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen am 26. April 2014 fand aus Anlaß des 25. Jahrestages des Mauerfalls und damit dem Ende des Schweigens über das Speziallager Fünfeichen statt. Deshalb hieß ich die über 250 Teilnehmer unserer Veranstaltung – nach der Kranzniederlegung auf dem Friedhof der Kriegsgefangenen und dem herrlichen Glockengeläut für alle Verstorbenen von Fünfeichen am südlichen Gräberfeld – auch mit folgenden Worten herzlich willkommen: „Liebe Mitglieder, liebe Gäste, wir können heute hier freimütig und aufgeklärt der Opfer von Fünfeichen gedenken, weil vor ca. 25 Jahren der Freiheitswille erst weniger, dann immer mehr und mehr ostdeutscher Menschen so mächtig war, daß sie mit ihrem unerschütterlichen Mut die SED-Dik-

tatur zum Einsturz gebracht und das Tor zu Freiheit und Einheit aufgestoßen haben. Sie haben die friedliche Revolution in Deutschland erzwungen... Der Wille zur Versöhnung hat die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen immer ausgezeichnet. Wir müssen vergeben, dürfen aber nie vergessen, ganz im Sinne von Alt-Bundespräsident Richard von Weizsäcker, denn wer vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Zukunft. Wenn die Erinnerung bleibt und die nachfolgenden Generationen mahnt, werden wir die Zukunft gewinnen.“ Dies ist auch eine der wichtigsten Funktionen der Mahn- und Gedenkstätte Fünfeichen.

Vom Kreistagspräsidenten der Mecklenburger Seenplatte, Michael Stieber, wurde die Notwendigkeit dieser Erinnerungsarbeit in seiner Gedenkansprache weiter vertieft: ...Die Achtung der Menschenwürde, der Menschenrechte, die Wahrung des Friedens. Sie sind die unverzichtbare Basis unserer Gesellschaft, eine Basis, die gegen jede Herausforderung verteidigt werden muß. Ich will erinnern, jeden Tag und bei jeder Gelegenheit. Und es ist mir eine Ehre, dies heute mit Ihnen tun zu dürfen. Denn Sie sind es, die mit ihrem Engagement das Gedenken lebendig halten, an das, wofür der historische Ort Fünfeichen steht. Der Blick in die Vergangenheit ist auch ein Fingerzeig in die Zukunft. Es ist ein Beitrag, die friedliche Entfaltung unserer Gesellschaft mitzugestalten. – Dank den engagierten Mitgliedern der AG Fünfeichen, die in enger Zusammenarbeit mit der Stadt eine Mahn- und Gedenkstätte geschaffen haben, die bundesweit eine hohe Wertschätzung erhält.

Zu den Höhepunkten der Gedenkveranstaltung am 26. April zählte die feier-

liche Übergabe der ersten zehn Exemplare des neu herausgegebenen Buches „Lager in Neubrandenburg-Fünfeichen 1939–1948“ von Natalja Jeske durch die Landeszentrale für Politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern an die Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen. Als Leiterin der Arbeitsgemeinschaft überreichte ich diese zehn Bücher anschließend den ältesten noch lebenden Häftlingen, die an der Veranstaltung teilnahmen, als Geschenk. Mit Spannung war dieses Werk von allen Teilnehmern erwartet worden. Inzwischen wurde das als Standardwerk bezeichnete Buch öffentlich vorgestellt und kann über die Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen in Schwerin oder über die Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen erworben werden.

Daneben war die Gedenkveranstaltung 2014 auch vom Thema „Ehemaliges Lagergelände“ geprägt. Auf Grund des mehrfachen Wunsches der Mitglieder wurde für die diesjährige Veranstaltung ein zweiter Rundgang über das ehemalige Lagergelände angeboten. Dies ist am Standort Neubrandenburg etwas Besonderes, weil in den fünfziger Jahren, nach Schließung des Speziallagers Ende 1948, das gesamte Gelände von Baracken und sonstigen Gebäuden geräumt und zum Sperrgebiet der Nationalen Volksarmee bzw. nach 1990 Bundeswehrgelände wurde. Nur ganz wenige Mauerreste zeugen von der Lagergeschichte. In enger Zusammenarbeit von Bundeswehr, Stadt Neubrandenburg und Arbeitsgemeinschaft wurden verschiedene Teile aus der Lagerzeit freigelegt, im Lagergelände nummeriert und in einem Plan festgehalten. Diesen Plan erhielt jeder der über 200 Teilnehmer des geführten Rundganges, für den ca. eine Stunde eingeplant war. Das schöne Wetter und die intensiven Diskussionen vor Ort führten dazu, daß die meisten Teilnehmer zwei Stunden auf dem Lagergelände zubrachten. Auch die beiden Filmteams begleiteten uns die gesamte Zeit, um aus den umfangreichen Aufnahmen bis Oktober 2014 einen neuen Film zu erstellen.

Am Vormittag, in der Hochschule Neubrandenburg, waren die Teilnehmer bereits mit einem Vortrag der Landschaftsarchitektin Frau Dupke bildlich und inhaltlich auf den Rundgang vorbereitet worden. Ausgehend von der Tatsache, daß die Bundeswehr das Gelände von Fünfeichen nach 2016 nicht mehr nutzen wird, erfolgen gegenwärtig vielfältige Gespräche zur Nachnutzung. Das ehemalige Lagergelände – ein sogenanntes Boden-



Erläuterung des Lageplanes, vorn Dr. Rita Lüdtkke.



Reste von Waschrögen mit Seifenablagen.

denkmal – gehört mit zu diesem Gesamtgebiet. In Zusammenarbeit von Hochschule, Stadt und Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen entstand eine Abschlusarbeit zum aktuellen und für die Stadt sehr wichtigen Thema der Nachnutzung. Die Arbeit, die im Oktober 2013 erstmals vorgestellt wurde, enthält eine Analyse des Bestandes und drei sehr unterschiedliche Varianten der Nachnutzung des ehemaligen Lager-

geländes von Fünfeichen. Dieses Material wurde den ca. 250 Teilnehmern am 26. April von Frau Dupke vorgestellt.

All diese Vorarbeiten, das Suchen und Freilegen von Lagerresten sowie das Entwickeln von Ideen und Varianten der Nachnutzung des Lagergeländes sind wichtige Fakten für die Diskussionen der nächsten Monate.

Überraschend war für die Organisatoren dieses Tages, daß die vielen Teilnehmer trotz des hohen, zum Teil sehr hohen Alters so lange den nicht ganz einfachen Rundgang nach dem anstrengenden Tag durchgehalten haben. Hut ab und danke für diese Begeisterung.

Rita Lüdtkke

## Geschichte wird lebendig – Zeitzeugen des GULag

Am Abend des 21. Mai ist Dr. Horst Hennig, Generalarzt a.D., von Köln nach Leipzig gereist. Noch vor acht Uhr morgens bricht er am folgenden Tag in seine Heimat nach Klostermansfeld auf. Zuerst besucht er das Grab seiner Mutter und Schwester, wirft einen Blick auf die alte Schule – ohne nachhaltige positive Erinnerungen. Dann begibt er sich in die Apotheke an der Hauptstraße. Die Besitzerin begrüßt ihn herzlich. Man kennt sich seit vielen Jahren. Gegenüber der Apotheke befindet sich das elterliche Haus. Man erkennt noch die Umrisse der väterlichen Drogerie. Auf der Rückseite im ersten Stock, mit Blick zum Garten, befand sich das Kinderzimmer von Horst Hennig.

Im nahen Café (mit Bäckerei) haben sich ein paar alte Bekannte versammelt, die Horst Hennig eingeladen hatte: der Schulkamerad Fritz Kelsch mit seiner Tochter sowie zwei ehemalige Lehrerinnen, die zur zweiten bzw. dritten Generation seiner ehemaligen Freunde gehören. Erinnerungen werden ausgetauscht. Ein wenig aufgeregter wird erzählt, daß heute eine Schulklasse mit mehreren Lehrern und weiteren Schülern mit dem Bus nach Leipzig fährt, um im Zeitgeschichtlichen Forum an der Diskussion mit Horst Hennig teilzunehmen.

Wie geplant, pünktlich um elf Uhr, erfolgt die Rückfahrt über die A 38 nach Leipzig. Nach einem kurzen Imbiß vor der Stadt gönnt sich Horst Hennig im Hotel eine Verschnaufpause. Am zeitigen Nachmittag hat sich der Chef des Universitätsverlags angesagt. Ein neues Buch-Projekt wird besprochen. Die Verlagsgeschäfte gehen schlecht, weil die Bibliotheken als Bücherkäufer von großen finanziellen Streichungen betroffen sind.

Dann rückt die Stunde näher: Horst Hennig ist nach Leipzig gekommen, um im Zeitgeschichtlichen Forum über den Alltag und das Überleben im GULag zu

sprechen und Fragen zu beantworten. Prof. Dr. Rainer Eckert führt gewohnt souverän in die Thematik ein. Die Gesprächsleitung hat der Osteuropaforscher Prof. Dr. Jörg Ganzenmüller aus Jena inne. Die Veranstaltung findet ergänzend zur Ausstellung „GULag – Spuren und Zeugnisse 1929–1956“ statt, organisiert von der Menschenrechtsorganisation „Memorial“. Horst Hennig berichtet über die grauenvollen Erlebnisse im stalinistischen Straflager Workuta: Verlust der Menschenwürde, Kälte, lange Arbeitszeiten, unzureichende Nahrung, schlechte sanitäre Verhältnisse, keine Verbindung zu seinen Angehörigen, kurz: Hoffnungslosigkeit. Das sind nur einige Punkte, die den Lebensalltag umreißen. Geschichte wird lebendig. Horst Hennig trägt konzentriert vor. Es ist sein Alltag als politischer Gefangener in einem Lager unter verschärftem Regime. Die überwiegend jungen Zuhörer staunen; die meisten hören zum ersten Mal von dieser Schreckensherrschaft. Die Ausführungen gehen ihnen nahe. Es ist Zeitgeschichte zum Anfassen. Der Vortragende, zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt, unterscheidet zwischen dem von Stalin praktizierten Regime und dem russischen Volk. Unter den Mitgefangenen befanden sich zahlreiche Russen, Ukrainer, viele Juden und andere Nationalitäten des sowjetischen Vielvölkerstaates. Horst Hennig zählte zahlreiche Mitgefangene zu seinen Freunden.

Der zweite Referent, Dr. Sergej Lochthofen, Verfasser des Romans „Schwarzes Eis“, erzählt aus dem Leben seines Vaters Lorenz Lochthofen, der 1937 im Jahr des großen Terror als deutscher Emigrant im GULag verschwand und nach seiner Entlassung, als sogenannter „Freier“ weiter mit Familie in Workuta leben mußte. 1953 wurde der Sohn Sergej geboren. Vater und russischer Großvater waren beide Opfer des GULag geworden. Erst 1958 konnte die Familie aus der Sowjetunion in die damalige DDR ausreisen. Ein Sohn

des ehemaligen sächsischen Ministerpräsidenten Max Seydewitz, selbst Gefangener im GULag, hatte sich immer wieder für die Freilassung der Familie Lochthofen eingesetzt. Sergej Lochthofen berichtet weiter über eine Vortragsreise im letzten Jahr durch Rußland und beklagt, daß die jüngste russische Geschichte von staatlicher Seite kaum aufgearbeitet wird. Das verbrecherische System Stalins mit Millionen von unschuldigen Opfern bleibt ungehört. Allein der Menschenrechtsorganisation „Memorial“ bleibt es vorbehalten,



Dr. Horst Hennig (r.) und Autor Prof. Dr. Gerald Wiemers.

Licht in das Dunkel der stalinistischen Verbrechen zu bringen.

Für die Töchter von Karl Fehlhaber, der gleichfalls als politischer Gefangener in Workuta lebte, war es indirekt eine Wiederbegegnung mit ihrem Vater, der vor zwölf Jahren in Kempten starb. Zwei Zeitzeugen berichteten aus unterschiedlicher Perspektive über den sowjetischen Alltag im Lager und unmittelbar neben dem Lager. Sie erhellten ein Stück deutsch-sowjetischer Geschichte, das sich in ihrem Verlauf niemals wiederholen darf. Beide haben an diesem Tag nachhaltig auf die jungen Menschen gewirkt. Horst Hennig hat sich mit dieser eindrucksvollen Präsentation zu seinem 88. Geburtstag am 28. Mai das schönste Geschenk selbst bereitet. Alles Gute! Ad multos annos – Auf viele Jahre.

Gerald Wiemers

## Gedenken in Sachsenhausen

Die Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945–1950 e.V. lädt ein zu ihrer Gedenkveranstaltung von **Freitag, den 12., bis Sonntag, den 14. September 2014** in Oranienburg/Sachsenhausen.

Anlaß ist der 69. Jahrestag des 40-km-Todesmarsches mehrerer tausend ausgezehrter, überwiegend kranker Häftlinge vom Lager Weesow (bei Werneuchen) nach Sachsenhausen am 16.8.1945.

Damit wurde das sowjetische Speziallager Nr. 7 in das ehemalige KZ der Nationalsozialisten und anschließende „Filtrationslager Nr. 229“ des NKWD verlegt.

### Veranstaltung

Nach individueller Anreise am Freitag pflegen einige der Teilnehmer die Gedenkorte der Arbeitsgemeinschaft oder stehen intern für Zeitzeugengespräche zur Verfügung. Nach dem gemeinsamen Abendessen werden Projekte der Erinnerungsarbeit thematisiert.

Am Sonnabend vormittag besuchen die Teilnehmer die Ausstellung „Kindheit hinter Stacheldraht“ im Speziallagermuseum Sachsenhausen.

Nachmittags ab 14.00 Uhr findet in Kooperation mit der Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen eine öffentliche Vortrags- und Diskussionsveranstaltung in der ehemaligen Häftlingswäscherei

(im Lagerdreieck der Gedenkstätte) statt. Thema: „Sowjetische Geheimdienst- und Repressionsapparate und deren Praxis in der SBZ/frühen DDR“, Referent: Dr. Jan Foitzik (Institut für Zeitgeschichte).

Abends im Hotel wird an die Untermaßfelder Haftzeit ab Februar 1950 der über 1200 dorthin verschleppten Sachsenhausener SMT-Verurteilten erinnert – mit Totengedenken.

Am Sonntag beginnt das Gedenken an die Opfer kommunistischer Willkür um 09.30 Uhr an den Massengräbern im Schmachtenhagener Forst (Parkmöglichkeiten rechts an der B 273 etwa 1 km vor dem Ortseingang Schmachtenhagen).

Danach treffen sich die Teilnehmer bei den Massengräbern An der Düne (nahe

der Carl-Gustav-Hempel-Straße in Sachsenhausen).

Um 11.00 Uhr beginnt die kooperative Veranstaltung der Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen und der Arbeitsgemeinschaft am ehemaligen Kommandantenhof (nördlich des Lagerdreiecks). Hauptredner vor den Kranzniederlegungen ist diesmal Roland Jahn (Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen).

Nach dem anschließenden Gedenken am Stein für die Opfer des Stalinismus lädt die Leitung der Gedenkstätte ein zum Imbiß in der ehemaligen Häftlingswäscherei.

Anfragen zu Details der Veranstaltung sind über die E-Mail-Adresse des Vorstandsvorsitzenden möglich, j.h.krueger@gmx.net.

AG Lager Sachsenhausen  
1945–1950 e.V.

## Einladung zum XXIV. Mahn- und Gedenktreffen

der Initiativgruppe Lager Mühlberg e.V. in Mühlberg/Neuburxdorf

### Programm

*Freitag, 5. September 2014*

- 17.00 Uhr Eröffnung im Rathaussaal der Stadt Mühlberg/Elbe
- 17.15 Uhr Vortrag von Stephan Hilsberg zum Thema: „1989: Erinnerungen – Erlebnisse – Erfahrungen“
- 19.00 Uhr gemeinsames Abendessen

*Sonnabend, 6. September 2014*


- 9.30 Uhr Gedenkveranstaltung auf dem Friedhof in Neuburxdorf
- 10.30 Uhr Ökumenischer Gottesdienst im Zelt am Lagergelände  
Predigt: Regionalbischof Propst von Eisenach, Dr. Christian Stawenow

11.30 Uhr Gedenkveranstaltung am Hochkreuz  
Gedenkrede: Prof. Dr. med. Wolfgang Böhmer, Ministerpräsident von Sachsen/Anhalt a.D.

Musikalische Begleitung: Leipziger Klarinettenquartett und Schüler der Kreismusikschule

Anschließend ist Zeit für Gespräche und zur Begegnung im Zelt.

Hier können zum Preis von 5,- € Mittagessen sowie Kaffee und Kuchen eingenommen werden.

**Hinweis:** Teilnehmer, die auf einen Bustransfer angewiesen sind, fragen bitte so schnell wie möglich in der Geschäftsstelle nach. 

## Delegation aus Atlanta



Anläßlich des 61. Jahrestages des Volksaufstandes 1953 besuchte eine Delegation der Bürgerrechtsbewegung Martin Luther King mit ihrem Präsidenten, Dr. Charles Steele (r.), den Ehrenfriedhof Seestraße in Berlin und legte ein Blumengebinde für die Opfer des 17. Juni nieder.

## Mauerweg-Gedenklauf

Zum dritten Mal, nach 2011 und 2013, startet am 16./17. August 2014 der Mauerweglauf „100 Meilen von Berlin“.

Unter der Schirmherrschaft Rainer Eppelmanns laufen Hunderte Einzelläufer, aber auch Vierer- und Zehner-Staffeln ca. 160 Kilometer auf dem ehemaligen Mauerstreifen rund um Berlin.

In diesem Jahr ist der Lauf Peter Fechter gewidmet, dessen Konterfei auch auf der Finisher-Medaille abgebildet ist. Dies ist

eine etwas ungewöhnliche, aber anregende Art, sich mit der Geschichte unserer Stadt in den Jahren 1961 bis 1989 auseinanderzusetzen.

Ich werde zum zweiten Mal als Staffelläufer an dieser Veranstaltung teilnehmen, um so meine persönliche Geschichte als politischer Häftling der DDR mit meiner sportlichen Gegenwart zu verbinden.

Andreas Pfeiffer

## Veranstaltungen

17.8. (So), 14.00 Uhr:

**„Die sowjetische Geheimdienststadt „Militärstädtchen Nr. 7“**; Sonderführung einschließlich der Sonderausstellung „Nach dem Fall der letzten Mauer. Das ‚Militärstädtchen Nr. 7‘ im Sommer 1994“; bitte anmelden unter E-Mail [mail@gedenkstaette-leistikowstrasse.de](mailto:mail@gedenkstaette-leistikowstrasse.de); Veranstaltung der Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam; Ort: Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam, Leistikowstr. 1, 14469 Potsdam

19.8. (Di), 19.00 Uhr:

**Der Fall X. Wie die DDR West-Berlin erobern wollte**, Hans Sparschuh und Rainer Burmeister zeigen ihren Dokumentarfilm; Veranstaltung der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

19.8. (Di), 19.00 Uhr:

**„Einfach raus“** Spielfilm, D 1998, v. Peter Vogel; Veranstaltung d. Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig in der Reihe „Erinnerungen an den Herbst '89“; Ort: Zeitgeschichtliches Forum Leipzig, Grimmaische Str. 6, 04109 Leipzig

20.8. (Mi), 18.00 Uhr:

**„Aktion Zug“**. Die Prager Flüchtlingszüge 1989, Buchvorstellung und Diskussion; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Dresden; Ort: Informations- und Beratungsstelle d. BStU, Bautzner Str. 112 a, 01099 Dresden

20.8. (Mi), 20.00 Uhr:

**Die unsichtbare Mauer**. DDR-Ostsee-Flüchtlinge im Stasi-Visier, Vortrag v. Dr. Volker Höffer, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock; Ort: Kosgartenhaus Altenkirchen, An der Kirche 1, 18556 Altenkirchen

22.8. (Fr), 19.00 Uhr:

**„Risiko Freiheit – Fluchthilfe für DDR-Bürger 1961–1989“**, Eröffnung der Sonderausstellung; Veranstaltung der Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde; Ort: Erinnerungsstätte, Marienfelder Allee 66/80, 12277 Berlin

24.8. (So), 15.00 Uhr:

**Kuratorenführung** durch die Sonderausstellung „Risiko Freiheit – Fluchthilfe für DDR-Bürger 1961–1989“; Veranstaltung der Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde; Ort: Erinnerungsstätte, Marienfelder Allee 66/80, 12277 Berlin

26.8. (Di), 19.00 Uhr: **„Konspirantinnen: Polnische Frauen im Widerstand 1939–1945“**, Dokumentarfilm, D 2006, v. Paul Meyer; Veranstaltung d. Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig; Ort: Zeitgeschichtliches Forum Leipzig, Grimmaische Str. 6, 04109 Leipzig

## Suchanzeigen

### Reichenhainer Straße

Am 17. Juni 2014 fand auf dem Gelände der ehemaligen MFS- Untersuchungshaft Kaßberg (Karl-Marx-Stadt) die feierliche Enthüllung einer Gedenktafel statt, die an die Geschichte und die Rolle des Untersuchungs- und Freikaufgefängnisses des SED-Regimes erinnert. Eine Einrichtung als Gedenkort ist ebenfalls vorgesehen. Als Initiatoren der Gruppe für Gerechtigkeit von SED-Opfern nutzten wir die Möglichkeit, den Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Siegfried Reiprich, nochmals auf das Anbringen einer Gedenktafel für die Strafvollzugsanstalt in der Reichenhainer Straße 236 hinzuweisen.

Im Ergebnis dieses Gesprächs werden wir ab sofort, mit Unterstützung Siegfried Reiprichs und der Sächsischen Landesregierung, dafür arbeiten, daß noch in diesem Jahr eine Gedenktafel für die Opfer des SED-Regimes von 1969 bis 1989, die dort unter menschenunwürdigen Haftbedingungen eingesperrt wurden, angebracht wird. Damit soll dieser Ort (Haftarbeitslager/Strafvollzugsanstalt der DDR) als Tatort des SED-Regimes auch für die Nachwelt kenntlich sein.

Wir rufen deshalb auf, uns so schnell wie möglich alle erdenklichen Informationen über die Nutzung der Strafvollzugsanstalt Reichenhainer Straße 236 mit genauen Angaben zu senden: z.B. das Jahr der Inhaftierung, Paragraphen, Namen von Mithäftlingen, Arbeitsstätte in der Haftanstalt, Unterbringung, Art der Repressalien, Vorkommen von Mißhandlungen, Todesfällen usw. Hinweise bitte an Dieter Gollnick, [gjudo@t-online.de](mailto:gjudo@t-online.de).

Gruppe Aufarbeitung der  
SED Diktatur, Gerechtigkeit für SED-  
Opfer und Gegen das Vergessen  
Dieter Gollnick, Mike Mutterlose

### Dem Castro-Regime entkommen

Welcher Regisseur oder Filmproduzent hat Interesse, einen Film über das Leben eines der bekanntesten kubanischen Saxophonisten, Juan de Dios, zu drehen? Er wurde von Fidel Castro brutal gefoltert und konnte später fliehen. Er lebt in Deutschland, seine Heimat wird er niemals wiedersehen. Sabine Christiansen interessierte sich bereits dafür.

Kontakt über:

Monika Bandera, Tel. (0211) 99 44 977,  
[www.monika-bandera.de](http://www.monika-bandera.de)

## Hoheneck, Planet II

Meine „Erzieherin“, 1982–1983, war Leutnant Hannes. 1986 hieß sie Oberleutnant Schubert.

Kann jemand noch Angaben über Hannes machen?

Informationen bitte an [r.werl@t-online.de](mailto:r.werl@t-online.de)



Leutnant Hannes.

## Hoheneck/Waldheim

Wer kann sich an Jutta Wagner aus dem Vogtland erinnern? Sie wurde wegen Republikflucht zu 18 Monaten verurteilt.

1968/1969 in Hoheneck, damals 18 Jahre alt, sie war für die Arbeit als Aufwicklerin von Elektroschleifen eingesetzt; später Haftkrankenhause Waldheim, Entlassung in die DDR; nach drei Tagen Einweisung in die Psychiatrie, drei Tage vor Entlassung 21jährig verstorben.

Hinweise bitte an E-Mail [aevdk@web.de](mailto:aevdk@web.de)

## Herzlichen Glückwunsch!



Am 16. August wird Horst Schüler, Ehrenvorsitzender der UOKG, ihr ehemaliger Vorsitzender und einst politischer Häftling in Workuta, 90 Jahre alt.

## Wir wollten nur anders leben

Seit 1990 sind die Veröffentlichungen von Zeitzeugenberichten ehemaliger politischer Gefangener in SBZ und DDR auf eine beachtliche Zahl angewachsen. Daß noch immer neue Fakten, Sichtweisen und Darstellungsformen hinzuzufügen sind, beweist das vorliegende Buch.

Für ein Videoprojekt im Auftrag der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus führte der Filmautor und -regisseur Heiner Sylvester eine Reihe von Interviews mit ehemaligen Cottbuser Häftlingen. Das entstandene Material von ca. 50 Stunden mußte für den Einsatz in der Gedenkstätte auf Sequenzen von 10 bis 15 Minuten pro Person gekürzt werden. So sei die Idee zu einem Buch entstanden, schreibt Herausgeber Sylvester im Vorwort. „Wir wollten nur anders leben. Erinnerungen politischer Gefangener im Zuchthaus Cottbus“ ist das erste selbstveröffentlichte Buch des Menschenrechtszentrums Cottbus.

Sechzehn einstige Insassen des DDR-Gefängnisses kommen hier zu Wort: Jörg Beier, Arno Drefke, Dieter Drewitz, Jörg Drieselmann, Siegmund Faust, Uwe-Carsten Günzel, Gerd Hetsch, Roland Jahn, Matthias Katze, Bernd Pieper, Utz Rachowski, Andreas Reimann, Axel Reitel, Dr. Wulf Rothenbacher, Rocco Schettler und Viktor Witt. Mit klugen, behutsamen Fragen leitet Heiner Sylvester

seine Gesprächspartner durch die dunklen Zeiten ihrer Vergangenheit und läßt so ein Panorama aus prägenden Lebensabschnitten und historischen Entwicklungslinien entstehen. Die Interviews sind chronologisch geordnet nach Haftaufenthalten – von den 50er über die 60er Jahre bis zu den stark vertretenen 70er und

80er Jahren. Die ausgewählten Häftlinge entstammen unterschiedlichen sozialen Bereichen, ihre Erlebnisse bzw. Erinnerungen sind verschieden, und sie haben sich den Folgen der Inhaftierung jeder auf seine Weise gestellt. Viele wurden freigekauft, manche zurück in die DDR entlassen.

Gesprochene Sprache in schriftlichen Text zu übertragen, ist ein heikles Unterfangen. Zu wenig geglättet, wird das Lesen mühsam. Zu stark bearbeitet, verlieren sich der individuelle Sprachgestus und der Reiz des Unmittelbaren eines Gesprächs. Hier ist diese Gratwanderung glänzend gelungen. Die Texte lesen sich flüssig, und doch hört man die Erzählenden geradezu – man hört ihnen zu. Sie werden als Individuen plastisch, was sie zu sagen haben, wirkt unbedingt glaubwürdig. Auch ihre Beziehung zu Sylvester scheint noch auf, manche spricht er mit Du an, andere mit Sie. Jedem Gespräch ist ein Portraitfoto von 2012, aufgenommen während der Dreharbeiten, vorangestellt. Ergänzt werden die Interviews durch Schnappschüsse, Kinder-, Jugend- und Familienbilder, auch erkennungsdienstliche Haftfotos und Zeichnungen sind dabei. Angenehm ist die sparsame Verwendung von Dokumenten, die hier nur abgebildet sind, wenn sie dem Bericht etwas hinzufügen können. Die Gestaltung des Einbandes hebt sich ebenfalls vom Gewohnten ab, in unterschiedlichen Schriftarten und Winkeln sind Zitate der Befragten darauf angeordnet.

Schließlich hat das Buch einen überaus lesenswerten Anhang. Der Schriftsteller Ulrich Schacht, selbst in der DDR politisch inhaftiert, wenn auch nicht in Cottbus, hat den fulminanten Essay „Der politische Häftling als geschichtlicher Zeuge“ beige-steuert. Tomas Kittan, Journalist und Historiker, liefert einen Abriss der Geschichte des Zuchthauses Cottbus und Sylvia Wähling, Leiterin der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus, berichtet über Entstehung und Entwicklung der Gedenkstätte – das einzige Gefängnis, das von seinen ehemaligen Häftlingen gekauft und zu einem Erinnerungs- und Bildungsort umgestaltet wurde. Ein Glossar über politische Ereignisse, Personen und Institutionen auf den letzten Seiten erleichtert besonders jüngeren und westlich sozialisierten Lesern die Einordnung der biographischen Berichte in den historischen Zusammenhang. Es bleibt nur hinzuzufügen: Lesen Sie dieses Buch!



Heiner Sylvester (Hrsg.): *Wir wollten nur anders leben. Erinnerungen politischer Gefangener im Zuchthaus Cottbus*, Eigenverlag Menschenrechtszentrum Cottbus e.V. 2013 (gefördert v. d. Bundesstiftung Aufarbeitung u. d. Brandenburger LAKD) 416 S., 15,- € plus 3,- € Versandkosten; Bezug über: Menschenrechtszentrum Cottbus e.V., Bautzener Str. 140, 03050 Cottbus, Tel. (03 55) 29 01 33-0, Fax (03 55) 29 01 33-33, E-Mail [info@menschenrechtszentrum-cottbus.de](mailto:info@menschenrechtszentrum-cottbus.de)

## Veranstaltungen

28.8. (Do), 10.00–18.00 Uhr: Beratung zu Stasi-Unterlagen und DDR-Unrecht, **Informationstag**; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock u. LStU-MV; Ort: Rathaus Ribnitz, Rathaussaal, Am Markt 1, 18311 Ribnitz-Damgarten

28.8. (Do), 19.00 Uhr: **Aufbruch aus der Diktatur**. Die Friedliche Revolution 1989 im Bezirk Rostock und die Stasi, Vortrag v. Dr. Volker Höffer, BStU, und Ausstellungseröffnung „Stasi Ohn(e)Macht“; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock; Ort: Rathaussaal Ribnitz, Rathaussaal, Am Markt 1, Ribnitz-Damgarten

2.9. (Di), 18.00 Uhr: **„Wenn Mutti früh zur Arbeit geht...“** Frauen in der DDR, Podiumsgespräch; Veranstaltung d. LStU Berlin u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

2.9. (Di), 19.00 Uhr: **Streicheln, bis der Maulkorb fertig ist** – Die DDR-Kirche zwischen Kanzel und Konspiration, Lesung mit dem Autor Pfarrer Dietmar Linke; Veranstaltung der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

3.9. (Mi), 20.00 Uhr: **„Sonabend, Sonntag und Montagfrüh“**, Dokumentarfilm DDR 1979, **„Wozu denn über diese Leute einen Film?“**, Dokumentarfilm DDR 1980; Filmreihe „Zeitschnitt“ der LAKD u.a.; Ort: Paul-Wunderlich-Haus, Am Markt 1, 16225 Eberswalde

7.9. (So), 19.00 Uhr: **„Bock auf Zoff? Die Umweltbibliothek war mehr als Umwelt“**, Erzählalon; Veranstaltung d. Robert-Havemann-Gesellschaft; Ort: Umweltbibliothek, Griebenowstr. 15, 10435 Berlin

10.9. (Mi), 17.00 Uhr: **Was bleibt?** Reflexionen über ein Arbeitsleben in der Psychiatrie, Ref. Annette Simon; Veranstaltungsreihe „Psychiatrie in der DDR“ der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie der Charité; Ort: Hörsaal Alte Nervenklinik, Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie, Charité – Universitätsmedizin Berlin, Campus Charité Mitte, Charitéplatz 1, 10117 Berlin

11.9. (Do), – 12.9. (Fr): **Aufbrüche der Zivilgesellschaft**. Wege, Positionen und Wirkungen der DDR-Bürgerbewegungen 1987–2014. Historische Entwicklungen und aktuelle Implikationen; Tagung der Heinrich Böll Stiftung u.d. Robert-Havemann-Gesellschaft; Ort: Landhaus/Stadtmuseum Dresden, Wilsdruffer Str. 2, 01067 Dresden; Anmeldung unter E-Mail [anmeldung@weiterdenken.de](mailto:anmeldung@weiterdenken.de)



## Auslöschung

12.9. (Fr), 16.00 Uhr:

**50 Jahre Martin Luther King in der Bernauer Straße**, Podiumsdiskussion mit Dr. Charles Steele, Präsident des SCLC, USA, und Schülern; Veranstaltung d. Gedenkstätte Berliner Mauer u.a.; Ort: Besucherzentrum Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

13.9. (Sa), 18.00 Uhr:

**Martin Luther King in der DDR**, Filmpräsentation und Gespräch, Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: St. Marienkirche, Karl-Liebknecht-Str. 8, 10178 Berlin

14.9. (So), 10.00–17.00 Uhr:

**Tag des offenen Denkmals** – Motto „Farbe“, Zeitzeugen- und Sonderführungen, Dokumentarfilme; Veranstaltung der Gedenkstätte Bautzen; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen

14.9. (So), ab 10.00 Uhr:

**Tag des offenen Denkmals**; 10.00 Uhr: Führungen; 11.00 Uhr: Mehrfachbelichtung. Spuren eines Ortes, Ausstellungseröffnung; 13.00 Uhr: Führungen; 14.00 Uhr: Klangfarben eines Ortes, Konzert mit Jaspas Libuda, Kontrabaß, Loopstation, Komposition; Veranstaltung der Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam; Ort: Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam, Leistikowstr. 1, 14469 Potsdam

16.9. (Di), 18.00 Uhr:

**Die Kraft des Wortes**. Die evangelische Kirche 1989 und heute, Podiumsgespräch; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

16.9. (Di), 19.00 Uhr:

„Briefe an Dich“, **Erinnerungen an das russische Berlin** von Vera Lourié, vorgestellt von Doris Liebermann (Herausgeberin) und Nicole Haase (Schauspielerin); Veranstaltung der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

18.9. (Do), 10.00–17.00 Uhr/

19.9. (Fr), 10.00–13.30 Uhr:

**Umbrüche und Revolutionen in Ostmitteleuropa 1989**; Konferenz d. Bundesstiftung Aufarbeitung, d. LStU Berlin u.d. Deutschen Gesellschaft e.V.; Anmeldung unter E-Mail pb@deutsche-gesellschaft-ev.de oder Fax (030) 88 41 22 23

(VT) Rithy Panh ist 13 Jahre alt, als er innerhalb weniger Wochen seine gesamte Familie verliert – ausgelöscht durch die Greuelthaten der Roten Khmer. Eindringlich erzählt der mittlerweile zu internationalem Ruhm gelangte Regisseur von seinen Erlebnissen unter dem Pol-Pot-Regime und seiner Begegnung mit dem Folterchef von Phnom Penh dreißig Jahre später.

Dreißig Jahre nach dem Ende des Pol-Pot-Regimes, dem 1,7 Millionen zum Opfer



Rithy Panh: *Auslöschung. Ein Überlebender der Roten Khmer berichtet*, Hoffmann und Campe 2013, 240 S., 19,99 €

fielen, beschließt Rithy Panh, einen der Hauptverantwortlichen des Völkermords zu interviewen: Duch, den Chef des berühmten Folter- und Hinrichtungslagers S21. Vor der Kamera zeigt sich dieser jedoch nicht so bestialisch, wie man es hinsichtlich der unmenschlichen Leiden und der hohen Zahl seiner Opfer erwarten würde. Er ist ein gebildeter Organisator – ein Henker, der redet, vergißt, lügt, erklärt, an seiner Legende strickt. „Auslöschung“ ist ein Bericht über diese außergewöhnliche Konfrontation, eine tiefgründige Annäherung an die Natur des Bösen in der Tradition von Primo Levi's „Ist das ein Mensch?“ und Elie Wiesels „Die Nacht“.

Rithy Panh, Jahrgang 1964, ist Filmregisseur und mehrfach ausgezeichneter Dokumentarfilmer. Mit dem Film „S21 – Die Todesmaschine der Roten Khmer“ (2003) machte er sich zunächst in Cannes und dann international einen Namen; eine Fortsetzung folgte 2011 mit „Duch – Der Schmiedemeister der Hölle“. Sein Film „Reisfeld“ war der erste kambodschanische Film, der für einen Oscar nominiert wurde.

### Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im August und September Geburtstag haben

Hans-Joachim Schafft am 1. August, Thomas Drobisch am 3. August, Gretel Staschek am 4. August, Ekkehard Schultz am 7. August, Olaf Burow, Jürgen Klandt, Alfred Ullmann am 8. August, Elisabeth Junge am 9. August, Rudolf Böhm, Volker Pilz am 10. August, Waldemar Moritz am 12. August, Wolfgang Göllnitz am 15. August, Horst Schüler am 16. August, Holger Buge am 17. August, Erika Ryssel am 25. August, Günter Hoffmann am 2. September, Rainer Opitz am 3. September, Hildegard Kalweit am 4. September, Sabine Gorynia, Anneliese Wolf am 6. September, Erwin Schwung am 7. September, Renate Stimming am 11. September, Edith Kallweit, Helga Rill am 12. September, Rolf Schälike am 13. September, Horst Klinke am 14. September, Reinhard Lehmann am 16. September, Wolf Erler am 18. September, Ursula Freisel am 21. September, Eckhard Bufo am 23. September, Heinz Martini am



### UOKG-Beratungsstelle

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin  
Fax (030) 55 77 93 40

Florian Kresse, Jurist, Mo-Fr, 10-12 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 53  
E-Mail kresse@uokg.de

Carola Schulze, Mo-Fr, 12-14 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 52  
E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption),  
Mo-Fr, 14-16 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 54  
E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Beratungsstelle für ehemalige DDR-Heim- und Jugendwerkhofkinder in enger Zusammenarbeit mit der Berliner Anlauf- und Beratungsstelle („Fonds Heimerziehung“)  
Tel. (030) 57 79 92 01  
Telefonische Sprechzeit: Mi 10-12 Uhr  
E-Mail Beratung-DDR-Heimkinder@uokg.de

### Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestra. 103, Haus 1  
10365 Berlin  
Tel. (030) 55 49 63 34  
Fax (030) 55 49 63 35  
E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin  
Di 11–18 Uhr, Mi u. Do 11–16 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

25. September, Jutta Petenati, Lenchen Sperling am 27. September, Joachim Simon am 28. September

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

### Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Gerd Ahnert, Horst Badock, Joachim Bergter, Wilfried Brosinsky, Erna Carbow, Hans Otto Dittner, Prof. Dr. Adolf Ebel, Heinz Engert, Anna Fürst, Olaf Gehrke, Anita Goßler, Manfred Grämer, Werner Große, Johanna Hanncke, Peter Henzel, Johanna Höfer, Manfred Isikli, Waltraut Kindermann, Freya Klier, Gunther Kollensperger, Werner Mieth, Helmut u. Marie-Luise Pfeiffer, Günter Prescher, Jürgen Salden, Fritz Schüler, Xenia Schwarzbauer, Manfred Smala, Monika Bandera, Reiner Wetzig, Hans-Georg Wolf, Gisela Wollscheid, Helmut Zock

Stacheldraht-Konto:  
BSV Förderverein  
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48  
Berliner Bank AG  
IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01  
BIC: DEUT DE DB110  
Verwendungszweck:  
„Stacheldraht-Spende“

### Das Zitat

Die schönsten Träume von Freiheit  
Werden im Kerker geträumt.

Friedrich Schiller

### Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia  
Sprechzeiten: Mi 11–17 Uhr  
**BSV-Förderverein für Beratungen**  
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1  
10365 Berlin  
Telefon (030) 55 49 63 34  
Fax (030) 55 49 63 35  
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de  
Konto: BSV-Förderverein  
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48  
Nr. 665 52 45 00  
IBAN DE85 1007 0848 0665 5245 00  
BIC DEUT DE DB110

### Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)


Bundesvorsitzender: Rainer Wagner  
Vorstandsbeauftragte:  
Dr. Christian Fuchs, Theo Mittrup  
Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40  
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19  
Ruschestraße 103, Haus 1  
10365 Berlin  
Internet: www.uokg.de  
E-Mail: info@uokg.de  
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,  
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24  
IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00  
BIC DEUTDE33HAN

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin  
PVSt. Deutsche Post AG. Entgelt bezahlt  
\*13017#000#0412\*

## Impressum DER STACHELDRAHT

**Herausgegeben** von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

**Redaktion:** Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de  
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110

**BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG**  Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

**Herstellung:** Satzherstellung Werner Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com  
Verkaufspreis 1,- Euro  
Auflagenhöhe 10 000

Bezug über die Redaktion  
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.  
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 20. Juli 2014

